

# Ostland-Berichte

## Auszüge aus polnischen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Bei Rückfragen ist auf die am Schlusse jedes Artikels stehende Nummer Bezug zu nehmen.

### Inhaltsverzeichnis.

#### Propaganda.

Aus dem polnischen Korporationsleben . . . . .	49
Polnische Kulturpropaganda in Ost-Oberschlesien.	
Lutman, R. Ost-Oberschlesien als schöpferisches polnisches Kulturzentrum . . . . .	51
Die Aufgaben der polnischen Naturwissenschaftlichen Koppernikus-Gesellschaft in Schlesien . . . . .	53
Volksbüchereiwesen in Ost-Oberschlesien . . . . .	54
Ein polnisches Propagandawerk gegen Danzigs Deutschtum . . . . .	55

#### Forschungsergebnisse.

Kostrzewski, J. Beziehungen Pommerellens zu Kleinpolen in der jüngeren Steinzeit . . . . .	57
--	----

#### Politische Fragen.

Kierski, K. Das polnische „Pomorze“. Die Frage des sogenannten Korridors . . . . .	59
Die Bedeutung Ost-Oberschlesiens für den polnischen Staat . . . . .	70

#### Wirtschaftliche Fragen.

Der Kohlenbergbau in Polen . . . . .	71
Der Warenverkehr durch den Korridor . . . . .	73
Siebeneichen, A. Die Danziger Kaufmannschaft und der polnische Außenhandel . . . . .	74
Die polnische Küste . . . . .	75

### Aus dem polnischen Korporationsleben.

Die Ende des vergangenen Jahres erschienene Schrift „Korporations-Jahrbuch 1828—1928“ gibt eine sehr interessante Übersicht über die Geschichte aller jetzt bestehenden polnischen studentischen Korporationen und zeigt vor allem den starken politischen Einschlag, den das polnische Korporationsleben schon von seinen Anfängen im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts an gehabt hat<sup>1)</sup>.

Die in den letzten 25 Jahren gegründeten Korporationen haben sogar in ihren Statuten eine genau umgrenzte politische Aufgabe, die meist zu dem Namen der Korporation in Beziehung steht.

So gibt z. B. der in Danzig 1904 begründete Danziger Akademiker-Verband „Wisła“ (die Weichsel), der sich am 28. Mai 1921 als Korporation konstituierte, als sein Ziel an: „Die Korporation kämpft erfolgreich gegen die Entnationalisierung der Polen an der Technischen Hochschule zu Danzig und arbeitet kräftig an der Weckung des Nationalgefühls unter den Kaschuben, indem sie auf diese Weise die Arbeit fortsetzt, welche durch den Gesangsverein „Lutnia“ begonnen worden ist.“ (S. 27.)

<sup>1)</sup> Es ist auffallend, daß die Korporation „Pomerania“ (vgl. „Ostland-Berichte“ I, 10 und II, 33 u. 37) hier nicht aufgeführt worden ist. (Red.)

Fraktur = Bericht.

Antiqua = wörtliche Übersetzung des polnischen Textes.

In dieselbe Richtung weist die politische Arbeit der am 7. Dezember 1921 an der Universität Posen begründeten Verbindung „Baltja“. Hier lautet der Vermerk, daß die Verbindung als ihre besondere Aufgabe betrachtet, „unter der Bevölkerung die Liebe zum Meere zu wecken, die baltische Küste zu polonisieren, den Besitz dieser Küste zu sichern und zu erweitern.“ Dann heißt es weiter: „Der Name entspricht den Zielen. Die Farben sind die Farben Danzigs. Die Fische sind verpflichtet, ihre Bekanntschaft mit der Literatur über die nationalen Bewegungen in Polen — besonders mit den Werken des Patrons der Baltja, Roman Dmowski, zu erweisen.“ (S. 41.) Eine traurige und höchst ernste Ironie: Unter den Farben Danzigs wird hier von polnischen Studenten für die imperialistischen Ideen Roman Dmowskis, in erster Linie also gegen Danzig selbst, gekämpft!

Ähnliche politische Ziele, vor allem Stärkung des Polentums in Danzig, verfolgen die beiden an der Technischen Hochschule in Danzig vorhandenen Korporationen „Gedanja“ und „Helanja“. Die „Gedanja“ ist am 2. März 1922 errichtet und betrachtet als ihre Hauptaufgabe die politische Aufklärungs- und Werbearbeit in Danzig, während die am 12. Oktober 1922 begründete „Helanja“ ihr Interesse Hela zuwendet und hier vor allem ihren alljährlichen Gründungskommers abhält.

Wie stark das Interesse der polnischen studentischen Korporationen auf Danzig gerichtet ist, mögen folgende Mitteilungen zeigen. So heißt es auf S. 53, daß die in Danzig studierenden Polen „ihre wertvolle Mission erfüllen, das Polentum an der Ostseeküste zu verteidigen.“ Alle an der Technischen Hochschule in Danzig bestehenden Verbindungen „führen einen scharfen Kampf mit dem deutschen Element, das auf jede Weise den jungen polnischen Korporationen das Recht zum Leben nehmen will. Nicht nur das Recht, Abzeichen zu tragen, muß erkämpft werden, sondern auch die Möglichkeit, Anschlagbretter in der Hochschule aufzuhängen, die systematisch von den Deutschen abgerissen werden, so daß man sie schließlich einmauern muß. Man muß kämpfen um das Recht, polnisch zu sprechen, bei dem Stehkonvent zu erscheinen usw. Im Jahre 1924 ziehen die polnischen Korporationen zum ersten Male im öffentlichen Aufzuge durch die Stadt.“ (S. 54.)

Um das nationale Selbstbewußtsein der an der Technischen Hochschule zu Danzig studierenden polnischen Studenten zu stärken und um zugleich außenpolitisch demonstrativ aufzutreten, beschloß der Oberste Rat („Rada Naczelna“) des polnischen Akademiker-Verbandes, seine erste Tagung in Danzig abzuhalten. Diese fand am 5. und 6. Juni 1927 statt. In unserem Jahrbuch finden wir hierzu folgende recht bemerkenswerte Ausführungen: „Fast seit Bestehen des Akademikerverbandes war es der allgemeine Wunsch, daß die Tagung der Korporationen möglichst bald in dieser Stadt (Danzig) stattfindet, um damit die Zugehörigkeit dieser Stadt zur Republik Polen zu manifestieren<sup>1)</sup>).

Jedoch erst im Jahre 1927 konnte diese Absicht verwirklicht werden. Es war dies überhaupt die erste polnische Akademiker-Tagung in Danzig. Eifrig vorbereitet durch die dem Verbands angehörigen Korporationen in Danzig . . . wurde sie zu einer Manifestation, welche von der geistigen Verbundenheit dieser Stadt (Danzig) mit dem Mutterlande Zeugnis ablegte<sup>1)</sup>. In Gegenwart des Herrn Ministers Strasburger . . . wurde einstimmig eine Resolution gefaßt, durch welche die Tagung im Namen der dem Verbands angehörigen Korporationen das feierliche Gelöbnis ablegte, daß die polnische Korporations-Jugend unerschütterlich nach der Befestigung der starken Stellung des Vaterlandes am Meere streben wird. Man beschloß eine Huldigung für die polnischen Behörden, welche die Majestät der Allererlauchtesten Republik in Danzig repräsentieren, und einen Gruß an die polnischen Korporationen in Danzig, indem man sie zu weiterer gleich ruhmvoller Arbeit der Weckung des Polentums anfeuerte.“ (S. 85/86.)

1) Von uns gesperrt. (Red.).

Auf dieser Tagung in Danzig wurden auch folgende grund-  
legende Deklarationen abgegeben:

„Polen muß ein mächtiger Staat werden, sowohl politisch  
wie wirtschaftlich. Es müssen dauernd und fest zu Polen ge-  
hören alle die Länder, welche es gegenwärtig besitzt, und  
ebenso diejenigen, „welche Polen ihren Reichtum und ihre Kul-  
tur verdanken, oder welche seit Jahrhunderten vom polnischen  
Volk bewohnt werden.“ Daraus ergibt sich der erste Schluß,  
daß die Grenzen des Staates auf keinen Fall verkleinert werden  
dürfen, und der zweite Schluß, daß den Grenzgebieten (Kresy)  
Polens dauernde und planmäßige Fürsorge des Staates zu Teil  
werden muß.“ (S. 107.)

Wer einigermaßen mit den Schlagworten der polnischen Propa-  
ganda vertraut ist, erkennt ohne Mühe in den „Gebieten, welche  
dem polnischen Staat ihren Reichtum verdanken“, Danzig, und in  
den „Ländern, welche vom polnischen Volk bewohnt werden,“ vor  
allem Masuren und Schlesien.

So gibt es auch seit dem 4. Mai 1922 an der Universität Posen  
eine Korporation „Silesia“, die sich hauptsächlich aus Oberschlesiern  
zusammensetzt und deren Ziel es ist, „das Polentum in Schlesien  
zu wecken.“ (S. 41.)

Und gegen Ostpreußen gerichtet ist die Arbeit zweier Kor-  
porationen, der „Grunwaldja“ in Warschau und der „Mazowia“  
in Posen. Über die „Grunwaldja“ (begründet 20. Mai 1922) lesen  
wir in unserem Jahrbuch: „Der Leitgedanke ihrer Begründer war  
die Schaffung einer Grunwald-Idee<sup>1)</sup> durch Weckung des  
Kampfgedankens gegen den Germanismus  
als den urewigen Feind der polnischen  
Selbständigkeit<sup>2)</sup>. . . Im Juli 1927 nimmt die „Grun-  
waldja“ tätig Anteil an der Einrichtung und Eröffnung des  
„Grunwald-Museums“ in Soldau, das schließlich den Namen  
„Masurisches Museum“ erhält.“ (S. 44/45.)

Im engen Kontakt mit der „Grunwaldja“ arbeitet die am  
20. März 1924 in Posen begründete Korporation „Mazowia“.  
Über sie vermerkt das Jahrbuch: „Die Mitglieder der Korporation  
versammeln sich alljährlich auf einer Tagung in Soldau am  
Jahrestag des Sieges von Grunwald. Diese Tagung ist  
zugleich ein Erinnerungstag an die ver-  
lorene Volksabstimmung in Ermland und  
Masuren<sup>3)</sup>. Die Korporation nimmt tätig Anteil an der natio-  
nalen Aufklärungsarbeit unter den Masuren.“ (S. 66.)

[Rocznik Korporacyjny 1828—1928, I. Teil 210 S. + X;  
II. Teil 80 S., Warschau 1928.] **(19)**

## Polnische Kulturpropaganda in Ost-Oberschlesien.

• **Lutman, R. Ost-Oberschlesien als schöpferisches polnisches  
Kulturzentrum,**

**Die Aufgaben der polnischen Naturwissenschaftlichen Kopper-  
nikus-Gesellschaft in Schlesien.**

**Volksbüchereiwesen in Ost-Oberschlesien.**

### Lutman, R. Ost-Oberschlesien als schöpferisches polnisches Kulturzentrum.

Der in den Ostland-Berichten bereits erwähnte Verfasser<sup>3)</sup> be-  
schäftigt sich in diesem Aufsatz mit den neuerdings von der „Polska  
Zachodnia“ besonders stark betonten kulturellen Problemen Ost-  
Oberschlesiens. Schon der Auftakt ist bezeichnend. Die gewisse  
Berühmtheit, welche Oberschlesien durch die Abstimmung und ihre  
Folgeereignisse erlangt hat, hatte nach dem Verfasser ihren wahren  
Grund nicht in dem aufgeführten Nationalitätenproblem, son-

1) Die Polen nennen die Schlacht bei Tannenberg vom Jahre 1410 nach dem Orte  
Grunwalde.

2) Von uns gesperrt (Red.).

3) R. Lutman, Die Geschichte Danzigs bis zum Jahre 1918, in: Ostland-Berichte,  
Jg. 2 (1928) Nr. 1-2, S. 12 ff.

bern in den natürlichen Reichtümern, „um die der erbitterte Kampf geführt wurde und derentwegen die Bevölkerung Oberschlesiens zu den Abstimmungsbestrebungen (!) entgegen dem elementaren Nationalitätenprinzip veranlaßt wurde.“ Daher sei auch Schlesien in Polen „bisher vor allem als Reservoir großer Reichtümer angesehen worden . . .“ Die polnische Politik in Schlesien habe in den ersten Jahren nach der Einverleibung in Polen die Aufgabe gehabt, der ganzen Welt zu beweisen, daß es diese Schätze rationell zu bewirtschaften verstehe. Diese Aufgabe habe Polen erfüllt. „Die wirtschaftliche Lage hat nach einigen natürlichen (!?) Schwankungen die der Vorkriegszeit fast auf allen Gebieten überholt, und erlangte nach dem Maiumschwung einen bisher nie dagewesenen Aufschwung.“ Zwar ist nicht ganz ersichtlich, inwiefern gerade der Maiumsturz 1926 diesen Aufschwung herbeigeführt hat, aber der Verfasser kommt zu dem erwünschten Schluß, „ . . . in den Augen der Welt erlangte Schlesien die echte Legitimation für seine Zugehörigkeit zum polnischen Staat, wie diese für die materialistische Diplomatie nur von . . . augenfälligen Erfolgen auf wirtschaftlichem Gebiet geboten werden kann.“ Heute sei es aber notwendig, neben materiellen auch kulturelle Werte in Oberschlesien hervorzubringen: „Es handelt sich darum, daß Schlesien nicht nur Konsument von kulturellen Werten, die in anderen polnischen Landesteilen hervorgebracht wurden, ist, sondern neue eigene Werte zu schaffen vermag, die es dem gemeinsamen Schatz unserer Nationalkultur zufügen könnte, dadurch seine eigene Lebensfähigkeit stärkend und dadurch eine engere Verbindung mit dem Mutterland schaffend.“

Es handele sich ferner darum, trotz „dem deutschen Firnis, der in vielen Fällen Schlesien aufgedrungen worden ist“<sup>1)</sup>, die auf dem Untergrunde liegende polnische Kultur zu kräftigen. Die polnische Volkskultur sei in Oberschlesien mindestens so kräftig, wenn nicht gar kräftiger als in anderen polnischen Gebieten entwickelt, dafür zeugten u. a. die Volkslieder, Volksstrachten, Volkskunst, und schließlich vor allem die nirgendwo anders so zahlreich vertretenen Volksdichter. Die polnischen Historiker hätten diese reichen Schätze bisher noch lange nicht genügend gewürdigt. Das gelte besonders auch für die Sprache der schlesischen Bevölkerung, deren Reichtümer für den gesamt-polnischen Sprachschatz noch unausgenutzt worden seien, obwohl u. a. schon Zeromski dazu aufgefordert habe. „Jedenfalls hat Schlesien die Möglichkeiten, ein besonderes, schöpferisches Zentrum der polnischen Kultur zu bilden“<sup>2)</sup>, zumal dazu ja auch das Teschener Schlesien gehört, das bereits über eine genügend starke polnische Intelligenz, die auf diesem Felde sich betätigen kann, verfügt.“

Bisher habe sich die Kulturarbeit in Oberschlesien darauf beschränkt, „den deutschen Firnis, der während der Unfreiheit aufgezwungen worden ist, zu vernichten sowie die polnische Kultur anzunehmen und zu verbreiten.“ Diese Arbeit sei geleistet worden von den einzelnen Gesellschaften und Verbänden, wie „Towarzystwo Czynelni Ludowych“ (Volksbücherei-Verein), „Westmarkenverein“ u. a., ferner von den Schulen, die sich polnische Bibliotheken angliederten, dem polnischen Theater und dem Rundfunk in Kattowitz, „die rühmlich ihre Aufgaben, die polnische Kultur zu verbreiten, erfüllen“. Jetzt erhebe sich aber die neue, besondere Aufgabe, nämlich: „Die Ergebnisse dieser Arbeit sind schon so sichtbar, daß jetzt die Bemühungen in der Hinsicht verstärkt werden müssen, die eigenen Kulturschätze, die im schlesischen Volke ruhen, auszuwerten und in Schlesien ein schöpferisches polnisches Kulturzentrum zu schaffen, das eigene Werte liefert.“<sup>3)</sup>

Dann geht der Verfasser dazu über, die bisherigen Leistungen<sup>3)</sup> festzustellen, nämlich erstens die Gründung der „Schlesischen literarischen Gesellschaft“ durch den Wojewoden Dr. Grażyński. Die von dieser veranstalteten Preisausschreiben sollen die schlesische Heimat-

1) An anderer Stelle bezeichnet der Verfasser diese Tatsache auch als „Schandmal“

2) Vom Verfasser gesperrt. (Red.)

3) Vgl. hierzu Ostland-Berichte Jhg. 2 (1928) Nr. 4, S. 59-60.

literatur anregen. Ferner sei der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Krakau eine bedeutende Subvention zuerkannt worden, von der sich Lutman baldige Erfolge verspricht.

Insbesondere müßten die Arbeitsstätten für Wissenschaftler in Schlesien gefördert werden, und zwar: das Schlesische Museum, die Bibliothek und das Schlesische Archiv. Der Bau des Schlesi-  
schen Museums sei auf Veranlassung des Wojewoden bereits vom schlesischen Sejm beschlossen, die Realisierung des Plans werde schnellstens erfolgen. Hierzu fordert der Verfasser entsprechende Arbeitsteilung zwischen dem Museum in Kattowitz und dem Museum in Teschen, um Zersplitterungen zu vermeiden.

Den Grundstock zum Aufbau der Bibliothek habe die Bibliothek des schlesischen Sejms geliefert, „die dank der ausgiebigen Kredite als regionale öffentliche Bibliothek organisiert wird“. Zu regeln bleibe noch die Frage der Zusammenlegung der kleineren Bibliotheken, und zwar der Stadtbibliothek Kattowitz, „die wie aus den Katalogen ersichtlich, auf vollkommen falschen Grundlagen organisiert ist“, die Bibliothek der „Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften“ in Kattowitz (Towarzystwo Przyjaciół Nauk), ferner in Teschen die Szersznik-Bibliothek und die Bibliothek der „Macierz Szkolna“. Gerade das Verhältnis der beiden letzten Bibliotheken zu der geplanten „Öffentlichen Bibliothek“ hat nach Lutman ganz besondere Bedeutung.

Es verbleibe die Frage des schlesischen Archivs. Dieses solle „sowohl die auf die Freiheitskämpfe Schlesiens bezüglichen Akten als auch die hier und da verstreuten städtischen, vielleicht auch private Akten“ umfassen. Obwohl jeder Zeitverlust gerade hier besonders schädlich sei, seien diese Fragen noch so gut wie gar nicht berührt worden.

Die ganze Arbeit muß nach Meinung Lutmanns von einer Zentralfstelle geleitet werden; diese Rolle könne die entsprechend reorganisierte „Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften“ übernehmen, zumal „unzweifelhaft unsere Wojewodschaftsbehörden und der Schlesische Sejm einer solchen Stelle materielle Hilfe nicht versagen werden.“

[„Śląsk jako twórczy ośrodek kultury polskiej“; in: „Polska Zachodnia“, Nr. 1 (1. I. 1929), S. 9, teilweise ebenda Nr. 355 (24. XII. 1928), S. 10 und 14.]

(22)

#### Die Aufgaben der Naturwissenschaftlichen Kopernikus-Gesellschaft in Schlesien.

Ganz in den Rahmen der soeben berührten Bemühungen, in Ost-Oberschlesien polnische Kulturpropaganda zu treiben, paßt auch ein Aufsatz von Dr. Koczwa, der für die „Naturwissenschaftliche Kopernikus-Gesellschaft“ wirbt, und der eine Reihe interessanter Ausführungen über die besonderen Aufgaben dieser Gesellschaft in Ost-Oberschlesien enthält. Vor allem müsse . . . eine grundlegende Feststellung des gesamten Natur-Inventars erfolgen, das sei „vor allem eine nationale Pflicht“. Es wird zwar zugegeben, daß vorher schon etwas getan worden sei. Aber das sei nicht zufriedenstellend, denn „das haben Fremde getan, von ihrem Gesichtspunkt aus, und verschiedentlich nach alten (!) Methoden“. Deshalb erwachse die „nationale Pflicht, das bisherige Ergebnis einer Revision zu unterziehen“. Die geplanten Arbeiten sollen betreffen „landeskundliche Forschungen, physiographische Forschungen, Terrainstudien in geographischer, geologischer Hinsicht, ferner Erforschung der schlesischen Flora und Fauna und ihre Beziehungen zu dem übrigen Polen.“ Das Letztere dürfe also wohl der neue Gesichtspunkt sein, unter dem dann auch die entsprechende „Revision“ vorgenommen werden wird.

Das Zentrum der Arbeiten wird neben dem „Schlesischen Museum“ die geplante Technische Hochschule in Kattowitz sein, an der die nötigen Forschungsstätten errichtet werden sollen.

Die weiteren Ausführungen sind besonders interessant, denn der Verfasser fährt fort, „die Arbeit der Kopernikus-Gesellschaft in Schlesien kann sich nicht ausschließlich auf die wissenschaftliche Arbeit beschränken wie in anderen Teilgebieten Polens. Hier muß die Gesellschaft eine intensive Arbeit beginnen, um die Massen für die pol-

nische Wissenschaft und dadurch für den polnischen Staatsgedanken zu gewinnen!“

Das soll geschehen, indem die wissenschaftlichen Probleme weiten Schichten der Gesellschaft zugänglich gemacht werden durch: Vorträge, Ausflüge, Broschüren, „eine Arbeit, die ausgeführt werden muß, stets in Hinsicht auf Polen, mit vollem Bewußtsein und voller Verantwortlichkeit als (polnischer) Staatsbürger!“ In den anderen Teilen Polens werde diese Arbeit von den Volkshochschulen, Arbeiteruniversitäten u. a. geleistet. Bis zu dem Zeitpunkt aber, da solche Institute auch in Ost-Oberschlesien entstehen würden, müsse die Kopernikus-Gesellschaft die Lücke ausfüllen. Demgemäß werde die Gesellschaft im kommenden Jahr mit Vortragsreihen beginnen, und zwar „zunächst eine Vortragsreihe über Polen, über weniger bekannte, aber wichtige physiographische Probleme Polens, über den Anteil von Polen an wissenschaftlichen Forschungen und Entdeckungen usw.“ Die Vorträge sollen von Professoren der Krakauer Universität bzw. Mitgliedern der Gesellschaft gehalten werden. In entsprechender Weise soll auch der Rundfunk Katowiz ausgenutzt werden.

Der Tätigkeitsbereich der Gesellschaft soll sich zunächst auf Katowiz erstrecken; die Ausdehnung auf andere Ortschaften in der Wojewodschaft ist vorgesehen, falls sich dort Mitgliedsgruppen der Gesellschaft entwickeln sollten.

[„Cele i zamiary Polskiego Tow. Przyrodników im. Kopernika na Śląsku“; in: „Polska Zachodnia“, Nr. 3 (3. I. 1928), S. 3.]

(25)

**Volksbüchereien in Ost-Oberschlesien.**

Einen interessanten Beitrag über den Fortgang der polnischen Kulturpropaganda in Ost-Oberschlesien liefert der Bericht über den Wojewodschaftskongreß der „Gesellschaft für Volksbibliotheken“ (Towarzystwo Czytelni Ludowych, abgekürzt T. C. L.), der am 18. Februar 1929 in Katowiz stattfand.

Danach waren am 1. Juli 1928 in Oberschlesien 288 Bibliotheken der Gesellschaft vorhanden, über deren Entwicklung folgende Zahlen gegeben werden:

Jahr	Zahl	Buchbestand	Leser	Ausleihungen
1925/26	220	58 701	17 947	203 511
1926/27	253	77 834	21 207	261 471
1927/28	288	103 887	26 163	441 873

Besonderen Erfolg scheint die Arbeit der T. C. L. in den Kreisen Katowiz (Stadt und Land) und Rybnik zu haben, diese stellten zusammen über die Hälfte der Leser und der Ausleihungen. Erläuterungen werden weiter nicht gegeben; anzunehmen ist wohl, daß die übrigen Kreise erst allmählich von der Arbeit der Gesellschaft erfaßt werden.

Neben der Gründung und Unterhaltung der Bibliotheken befaßt sich die T. C. L. auch mit der Veranstaltung von Bildungs- und Vortragsabenden; darüber wird berichtet:

Jahr	Veranstaltungen	Vorträge
1925/26	378	448
1926/27	527	994
1927/28	693	2129

Die Zahl der von der T. C. L. organisierten polnischen Sprachkurse geht nach dem Bericht zurück, da die polnische Schule bereits ihre Wirkungen zeigt.

Der Bericht beklagt die relativ geringe Zahl der Mitglieder der Gesellschaft (am 30. Juni 1928 nur 5 241); die Folge davon ist, daß die Tätigkeit der Gesellschaft hauptsächlich durch staatliche Subventionen finanziert werden muß (im Jahre 1928 Subvention der Wojewodschaft 75 000 Zl., gegenüber rund 54 000 Zl. aus Sammlungen und Spenden). Hier heißt es: „Die Subvention ist so reichlich gerade wegen des Wojewoden Dr. Grażyński. Die T. C. L. besitzt in ihm den besten Freund und Schützer.“ Zu diesen Worten des Vorsitzenden der T. C. L. bemerkt die Redaktion der „Polska Zachodnia“: „Tatsächlich zeigen die obigen Ziffern über die Entwicklung der Bildungsarbeit der T. C. L. in Schlesien den großen Fortschritt dieser Aktion während seiner

Amtsführung, und zwar nicht nur wegen der materiellen sondern auch wegen der moralischen Hilfe durch den Appell an die Lehrerschaft und die Beamten, sich an der Bildungsarbeit aufopferungsvoll zu betätigen.“

„Wojewódzki Zjazd Oświatowy T. C. L.“, in: „Polska Zachodnia“, Nr. 48 (18. II. 1929), S. 4.]

(20)

### Ein polnisches Propagandawerk gegen Danzigs Deutschtum.

Im Jahre 1928 erschien ein polnischer Kunstmaler, Jan Gumowski, in Danzig, um im Auftrage des polnischen Außenministeriums Skizzen von Danziger Bauwerken anzufertigen.

Das Ergebnis seiner Arbeit ist Ende 1928 erschienen in Gestalt einer großen Mappe, welche 20 einzelne Blätter (Format 35×50 cm) enthält. Die Mappe trägt in polnischer Sprache die Aufschrift „Motive polnischer Architektur. Heft 5: Danzig“.

Ist man schon über diesen eigenartigen Titel überrascht, so freut man seinen Augen nicht, wenn man die einzelnen Blätter betrachtet. 1)

An eine Gesamtansicht Danzigs (von der Schäferei aus) in Doppelblatt-Größe schließen sich folgende Abbildungen an: Grünes Tor, Stück eines Frieses am Grünen Tor, Lange Brücke (Haus der Naturforschenden Gesellschaft und Frauentor), Frauentor und Frauengasse mit dem Blick auf die Marienkirche, Krantor, Häkertor, königlicher Speicher (neben dem Elektrizitätswerk), Blick auf Hohes Tor und Stockturm, Blick auf den Turm des Reichstädtischen Rathauses, Altstädtisches Rathaus, Portal am Altstädtischen Rathaus, Neptunbrunnen auf dem Langen Markt, königliche Kapelle, Festung Weichselmünde von der Landseite, Zeichnung des Ritters mit der Windsahne auf dem Turm des Reichstädtischen Rathauses, Wappenschild des polnischen Königs Sobieski aus dem Artushof, steinerne Brustbilder der polnischen Könige Wladislaus Jagiello und Sigismund III., die sich im Artushof befinden sollen.

Man fragt sich vergeblich, welche „Motive polnischer Architektur“ diese Abbildungen aufweisen. Denn nachweislich ist nicht ein einziges der auf diesen Blättern abgebildeten Bauwerke von polnischer Hand erbaut worden, sondern von deutschen, oder, wie z. B. das Haus der Naturforschenden Gesellschaft, von aus Holland stammenden in Danzig heimlich gewordenen Baumeistern. Doch der Zeichner und Herausgeber wollte vielleicht nur die an manchen Toren und Bauwerken Danzigs vorhandenen Abbildungen von polnischen Königswappen zeigen, wie das ja schon vorher der polnische Schulverein in Danzig (die „Macierz Szkolna“) durch eine Postkartenserie getan hat? Aber warum bildet der Herausgeber dann das ganze Gebäude, ja sogar ganze Stadtteile, ab und warum gibt er dann seiner Publikation den Titel „Motive polnischer Architektur“? Hier liegt eben die bewusste Absicht der großen Fälschung offen zu Tage.

Die vorliegende Publikation ist nicht so sehr für das polnische Publikum wie für das Ausland bestimmt. Deswegen fragen auch alle Blätter dreifache Beschriftung (polnisch, französisch und englisch).

Bei dem Franzosen, Engländer und Amerikaner, der vielleicht auf diese Weise zum ersten Mal einen Begriff von Danzig bekommt, soll von vorneherein der Eindruck erweckt werden, daß alle hervorragenden Bauwerke aus alter Zeit, die ihm in Danzig entgegneten, also z. B. die ganze Lange Brücke mit ihren Tortbauten, das Reichstädtische Rathaus, die Marienkirche, der Stockturm und das Hohe Tor, daß alle diese Bauwerke, welche den Stolz und Ruhm Danzigs bedeuten, von polnischen Händen er-

1) Vgl. die beiden beiliegenden Tafeln mit Abbildungen von einzelnen Blättern dieser Publikation.

richtet worden sind. Der fremde Beschauer darf nach der Absicht unseres Zeichners und seiner Auftraggeber überhaupt nicht auf den Gedanken kommen, daß in Danzig in der Vergangenheit Deutsche gewohnt haben und noch jetzt Deutsche wohnen, daß Danzig eine deutsche Stadt ist.<sup>1)</sup>

Doch an der Irreführung des Auslandes läßt es sich unser Autor noch nicht genügen, er scheut auch vor der Lüge nicht zurück, wenn es seinen Zwecken dient. So wird von ihm das *Altstädtische Rathaus*, in welchem sich die rein deutsche Verwaltung der rein deutschen Altstadt Danzig befunden hat, dem ahnungslosen Beschauer als „polnisches Rathaus“ (*Ratusz polski*) vorgeführt. Diese Bezeichnung hat es nie geführt und konnte es auch nicht führen.

Ebenso sind die Bemerkungen, die der Herausgeber zu der Abbildung der Festung Weichselmünde macht, in jeder Weise unwahr. Der polnische Text lautet in deutscher Übersetzung: „Ein Fort an der Mündung der Weichsel“, der französische Text: „petite île fortifiée à l'embouchure de la Vistule par Sigismund III. roi de Pologne.“ Der englische Text geht noch etwas weiter: „Island at the mouth of the Vistula fortified for the military purposes by Sigismund the III. King of Poland“. Tatsache ist, daß der polnische König keinerlei militärische Rechte in Danzig hatte, daß die Stadt Danzig bis zum Jahre 1793 ihr eigenes Militär unter eigenem Kommando gehabt hat, und daß alle Befestigungsanlagen der Stadt, also auch die Festung Weichselmünde, allein von der Stadt Danzig und ausschließlich mit Danziger Geld erbaut worden sind. Polen hat also mit der Danziger Festung Weichselmünde nie etwas zu tun gehabt, außer in dem Jahre 1577, da der polnische König versuchte, die Festung Weichselmünde zu erstürmen und dadurch Danzig gefügig zu machen.

Ebenso falsch wie über Weichselmünde sind die Angaben, die der Herausgeber zu dem Blatt macht, auf dem sich eine Zeichnung der *Königlichen Kapelle* befindet. In unserer Publikation heißt sie, weil das besser zu dem Titel paßt, „Polnische Kapelle“, eine Bezeichnung, die sie nie geführt hat. Die königliche Kapelle wurde auf Veranlassung des polnischen Königs Johann Sobieski in den Jahren 1678—1681 erbaut, um den Danziger Katholiken einen Ersatz für die protestantisch gewordene Marienkirche zu bieten. Die Baukosten wurden durch die Erträgnisse eines Vermächtnisses des Erzbischofs von Gnesen und durch Beihilfe des polnischen Königs gedeckt. Erbauer war der Danziger Bürger und „Mauer-Meister“ Bartel Ranisch. Wenn also hier zwar eine Mitwirkung von polnischer Seite feststeht, so ist das Gebäude doch das Werk eines deutschen Danziger Architekten. Auch ist diese Kapelle nicht zur Feier des Sieges, den Johann Sobieski angeblich über die Türken erfochten hat, errichtet worden, wie unser Herausgeber behauptet, denn sie war schon im Jahre 1681 vollendet, und die Schlacht bei Wien fand bekanntlich erst im Jahre 1683 statt.

In die gleiche Gruppe gehört die Abbildung des „*Königsspeichers*“. Auch dieser ist das Werk eines deutschen Danziger Architekten und hieß deshalb nur *Königsspeicher*, weil er dem polnischen Könige für die Lagerung des von seinen eigenen Gütern ausgeführten Getreides zur Verfügung gestellt wurde.

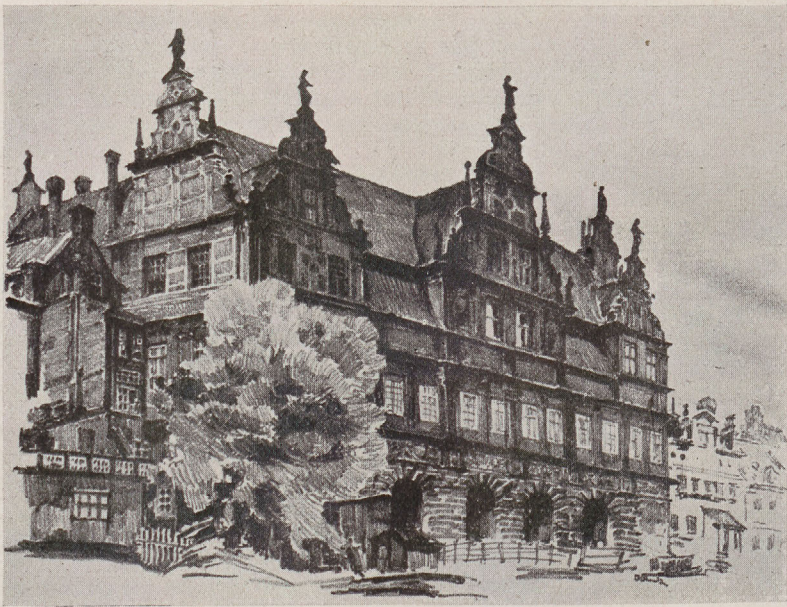
Unbedingt irreführend ist auch, wenn der Verfasser das „*Grüne Tor*“ als „Residenz der polnischen Könige“ bezeichnet. Das „*Grüne Tor*“ ist im Jahre 1568 von dem deutschen Baumeister Hans Kramer auf Kosten der Stadt erbaut worden und sollte in seinen oberen Räumen als Festhalle und Zeughaus dienen. Nur einmal während eines Zeitraumes von über 200 Jahren ist es dem polnischen Könige für wenige Tage zur Verfügung gestellt worden. Die polnischen Könige haben überhaupt nicht das Recht gehabt, in Danzig eine Residenz zu besitzen. Danzig war nur verpflichtet, dem polnischen Könige und seinem Gefolge jährlich für drei Tage Unterkunft zu gewähren.

So könnten noch zu jeder anderen Abbildung berichtigende Bemerkungen gemacht werden. Aber die angeführten Beispiele mögen genügen, um die Tendenz der ganzen Publikation zu zeigen.

<sup>1)</sup> Vgl. den in der gleichen Richtung gehenden Aufsatz der „*Information Franco-Polonaise*“ (*Ostland-Berichte* Jhg. II, 101).







Grünes Tor

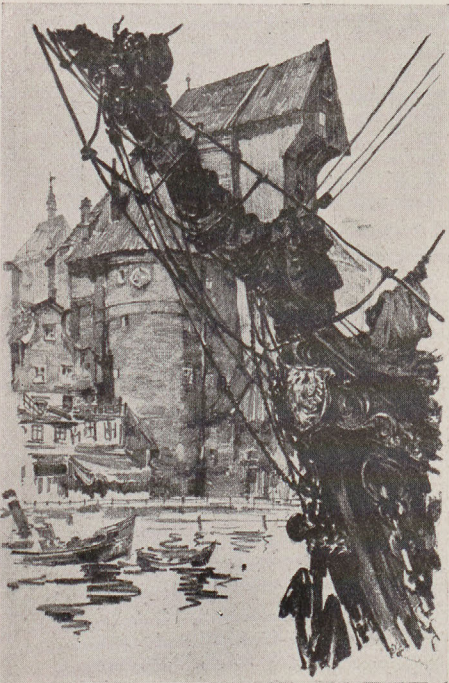


Häfertor

Abbildungen  
aus dem polnischen Propagandawerk:

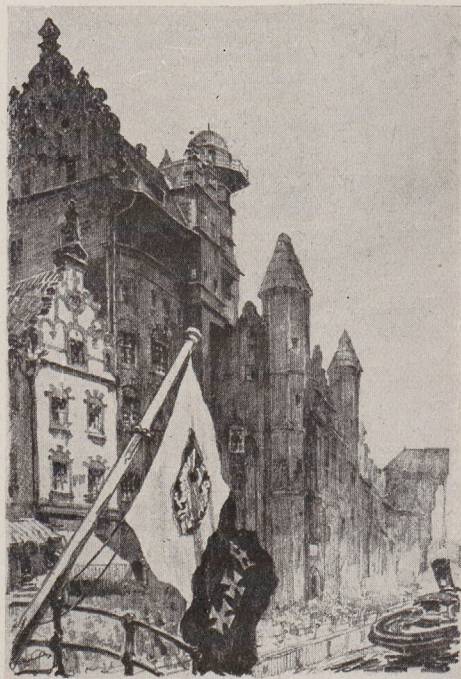
**„Motive polnischer Architektur. Heft V: Danzig“**

Alle diese ohne Ausnahme von deutscher Hand errichteten Bauwerke sollen auf diese Weise dem Auslande als Erzeugnisse der polnischen Kultur vorgeführt werden, damit dort die Vorstellung von einem „polnischen Danzig“ entstehe.



Krantor

(Man beachte, wie dieses Bild gewissermaßen durchstrichen wird durch den Bug eines Schiffes, an dem sich das polnische Wappen befindet.)

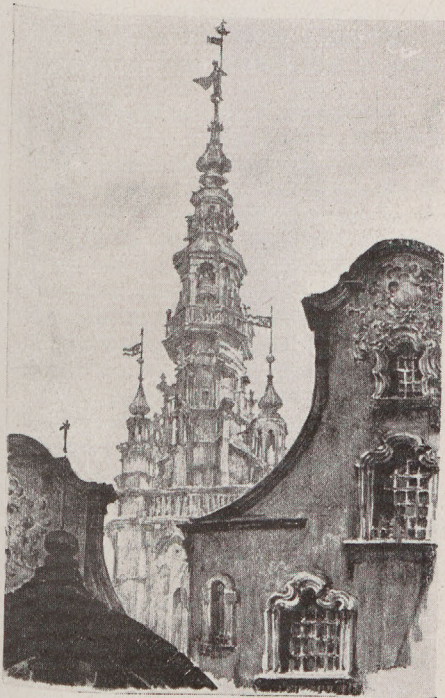


Langebrücke

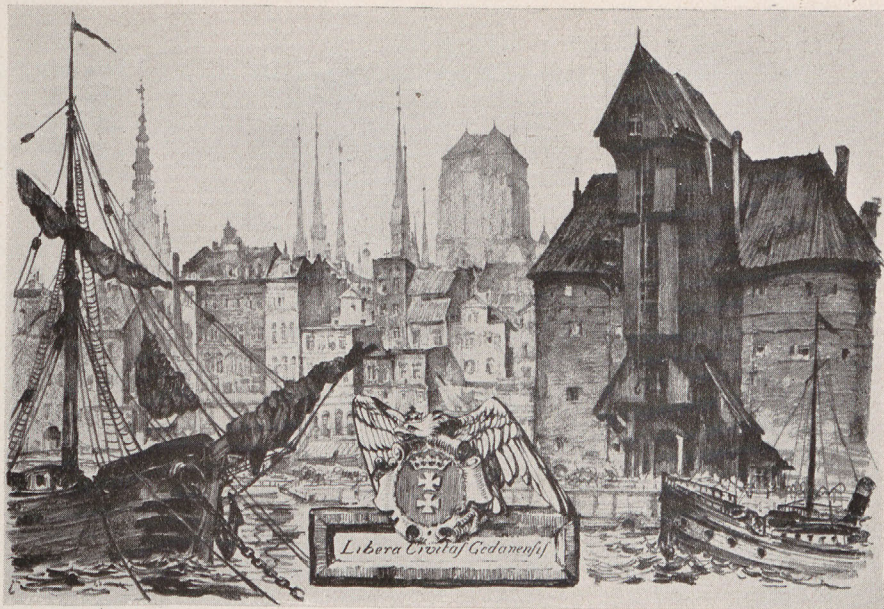
(Man beachte, wie die Flagge des Danziger Hafenausschusses vollkommen unmotiviert u. übertrieben groß, besonders d. polnische Wappen, im Bilde steht)



Blick durch das  
Frauentor auf die Marienkirche



Turm des Rechtstädtischen Rathauses mit  
der von einem Ritter gehaltenen Windfahne



Blick auf Danzig vom andern Ufer der Motłau aus

Abbildungen  
aus dem polnischen Propagandawerk:

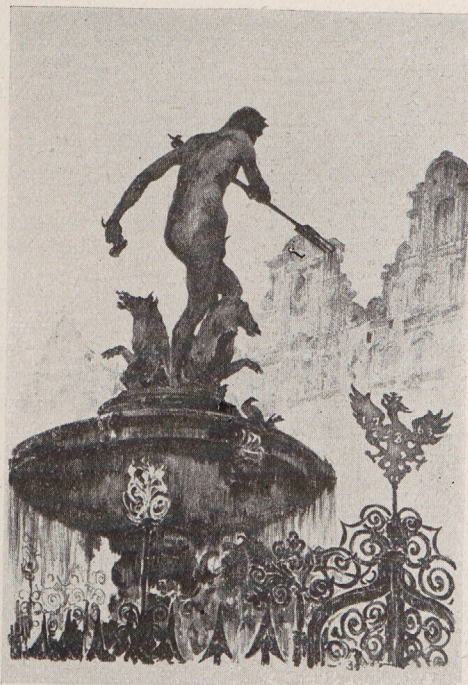
**„Motive polnischer Architektur. Heft V: Danzig“**

Alle diese ohne Ausnahme von deutscher Hand errichteten Bauwerke sollen auf diese Weise dem Auslande als Erzeugnisse der polnischen Kultur vorgeführt werden, damit dort die Vorstellung von einem „polnischen Danzig“ entsteht.



Altstädtisches Rathaus

(Vom Herausgeber „Polnisches Rathaus“ genannt)



Neptunbrunnen auf dem Langenmarkt



Hohes Tor und Stockturm



Und diese besteht darin, um es noch einmal zu wiederholen, dem ahnungslosen Ausländer das Bild einer polnischen Stadt Danzig vorzuführen. „Das polnische Danzig“ ist ja auch die Überschrift eines Artikels in dem Regierungsblatt „Głos Prawdy“, in welchem diese Publikation in Worten höchster Anerkennung besprochen wird.

Wie paßt nun die Tendenz dieser Publikation, die im Auftrage des polnischen Außenministeriums verfaßt und in der Druckerei des polnischen Kriegsministeriums gedruckt worden ist, zu den offiziellen Erklärungen der polnischen amtlichen Stellen, daß sie nicht daran denken, das Deutschtum Danzigs in Vergangenheit und Gegenwart in Zweifel zu ziehen? Noch vor wenigen Monaten hat der polnische Ministerpräsident Professor Bartel diesen Gedanken in öffentlicher Ansprache bei Gelegenheit seines Besuches in Danzig besonders betont.

Danzig hat das Recht des unmittelbaren diplomatischen Verkehrs mit den andern Staaten der Welt, wie es dieses in seiner Vergangenheit innegehabt und ausgeübt hat, in Versailles nicht wieder erhalten, sondern die Republik Polen ist mit der Vertretung der Danziger Interessen gegenüber dem Auslande beauftragt worden.

Danzig muß aber deshalb mit allem Nachdruck und vor der ganzen Welt dagegen protestieren, daß das polnische Außenministerium dieses ihm übertragene Recht dazu benützt, um derartig irreführende und für den Danziger Staat ungemein schädliche falsche Vorstellungen von dem nationalen Charakter Danzigs im Auslande zu verbreiten.

[Motywy Architektury Polskiej Jana Gumowskiego. Zeszyt V „Gdańsk“, Warschau 1928.] (24)

### Kostrzewski, J. Beziehungen Pommerellens zu Kleinpolen in der jüngeren Steinzeit.

Der von uns schon vielfach erwähnte Verfasser, der, wie bekannt, als Professor der Vorgeschichte an der Universität Posen tätig ist, hat sich in diesem Aufsatz die Aufgabe gestellt, einen angeblichen Irrtum der deutschen Forscher zu korrigieren. Er beginnt seinen Aufsatz mit folgenden Bemerkungen: „Die deutschen Forscher, welche sich mit der Vorgeschichte Pommerellens beschäftigen, unterstreichen gewöhnlich sehr stark die nördlichen Einflüsse, die sich in den pommerellischen Grabfunden aus prähistorischer Zeit kundtun. Einen besonderen Nachdruck legen sie auf die Zeugnisse von den frühen Einfällen der Skandinavier nach Pommerellen, die rückwärts sogar bis zur Steinzeit reichen.“

Kostrzewski will diese Einflüsse nicht bestreiten, glaubt aber darauf aufmerksam machen zu müssen, „daß neben den nordischen Einflüssen und den nördlichen Einwanderungen sich hier gleich starke südliche Einflüsse bemerkbar machen, die mehrfach im Zusammenhang mit der Ankunft einer südlichen Bevölkerung in Pommerellen im Zusammenhang stehen.“

Zu diesem Urteil glaubt der Verfasser berechtigt zu sein auf Grund von Funden, die er bei Ausgrabungen in Pommerellen in den Jahren 1927 und 1928 gemacht hat. So hat er bei Ausgrabungen im Herbst 1927 in Kuhnsee die erste Ansiedlung in Pommerellen mit älterer Wandkeramik feststellen können. Die dann im Jahre 1928 fortgesetzten Nachforschungen führten zur Feststellung von Resten zweier Hütten, bei denen sich große Scherbenmengen befanden. Aus diesen Scherben hat der Verfasser drei kugelförmige Töpfe wieder hergestellt, deren kugelförmige Gestalt und Verzierungen (S-förmige und Mäander-Ornamente, eckige Spiralornamente, Fingernagelornamente) er in vier Abbildungen wiedergibt.

Sehr wichtig erscheinen dem Verfasser die aufgefundenen Feuersteingeräte, von denen er annimmt, daß sie an Ort und Stelle angefertigt worden sind, wegen des Materials, aus dem sie gefertigt sind. Neben wenig wertvollen, augenscheinlich am Orte selbst gefundenen Feuersteinen, hat der Verfasser noch zwei Arten

Feuersteine gefunden, die er in der Gegend von Kielce lokalisiert; es ist dies ein wachschokoladenartiger und ein weißer Jura-Feuerstein.

Kostrzewski glaubt aus diesen Feststellungen schließen zu können: „Sowohl die Form der Hütten wie die Form und die Ornamente der Tongeräte und ferner die Typen der Feuersteingeräte bezeugen eine ausgesprochen südliche Abstammung der einst in der Umgegend von Kulmsee wohnenden Bevölkerung. Es war dies eine ausgesprochen landwirtschaftliche Bevölkerung, die sich hauptsächlich in Kleinpolen, in Schlesien, Sachsen und Thüringen, Böhmen und Mähren ausbreitet, wo sie die fruchtbaren Lössböden bewohnte. Auf der Suche nach neuen Wohnsitzen drang sie, indem sie sich von Kleinpolen wechsellabwärts vorschob, nach Kujawien und dem Kulmer Lande vor, wo sie günstige Lebensbedingungen auf der dortigen fruchtbaren Schwarzerde fand. Sie bringt in die neue Heimat die in Südpolen im Gebrauch gewesenen Geräteformen und deren charakteristische Ornamentik, welche die Geräte mit Bandformen ausstattete, was die Veranlassung war, daß man ihr den Namen Bandkeramik gab. Diese Bevölkerung bringt ihre Ackerbaugeräte mit und versieht sich für den Wanderzug mit einem Vorrat des hervorragenden in der Gegend von Graudenz vorkommenden Feuersteins, aus dem es dann verschiedene Feuersteingeräte für den Wirtschaftsbedarf anfertigt. . . . Die Bedeutung der Ankunft der Bandkeramik-Bevölkerung in Pommerellen besteht darin, daß diese Bevölkerung höhere Formen des Wirtschaftslebens mitbringt, und zwar die Kenntnis von Landwirtschaft und Viehzucht . . . Niederlassungen mit älterer Bandkeramik kennen wir im nördlichen Polen — außer Kulmsee — nur aus vier Orten in Kujawien, und außerdem ist in der Literatur noch ein vereinzelttes Gerät mit Spiralornamentik bekannt, das augenscheinlich in der Umgegend von Graudenz gefunden worden ist.“ Verfasser verweist hierzu auf „Mannus“ II, 61.

Auch die jüngere Gruppe der Bandkeramik sei in Pommerellen mit einem Fundstück vertreten, das ebenfalls aus Kulmsee, aber von einer anderen Stelle, von der Kulmer Vorstadt, stamme. Verfasser schließt diesen Abschnitt mit folgenden Worten: „Bei weiteren Nachforschungen werden zweifellos noch weitere Spuren von Niederlassungen der Bandkeramik-Kultur gefunden werden, die von Beziehungen zwischen Pommerellen und Südpolen schon vor 5000 Jahren, in dem zweiten Zeitraum der jüngeren Steinzeit Zeugnis ablegen werden.“ (S. 7.)

Einen zweiten Hinweis auf Beziehungen Pommerellens zu Südpolen (allerdings diesmal mit dem östlichen Teile) in der jüngeren Steinzeit sieht der Verfasser in dem Vorkommen des vom Bug stammenden schwarzen Feuersteins. Bei Grabungen, die im Jahre 1928 in Groß-Radowisk (Kr. Briesen) veranstaltet wurden, stieß man auf eine Ansiedlung „der sogenannten großpolnischen Kultur“, welche aus dem 3. Zeitraum der jüngeren Steinzeit stammte. Hier wurden zwei große Sägen aus schwarzem Feuerstein gefunden (der Verfasser gibt eine Abbildung von ihnen). Für Kostrzewski ist dieser Fund ein Beweis für die Handelsbeziehungen, die zwischen Pommerellen und den entlegenen Gebieten am oberen Bug bestanden haben. Außer diesen beiden Stücken aus schwarzem Feuerstein sind aus Pommerellen noch bekannt geworden: Ein dreikantiges Stilett, das in Rzadz (Kr. Graudenz) gefunden wurde und ein großes Messer aus Djimianen (Kr. Thorn), das im Staatlichen Museum für Vorgeschichte in Danzig aufbewahrt wird.

Der Verfasser schließt seinen Aufsatz mit folgenden bezeichnenden Ausführungen:

„Aus dem oben angeführten sehen wir, daß Pommerellen den Beziehungen zu Südpolen den ausgezeichneten Feuerstein und verbesserte Feuersteingeräte verdankt. Und Dank der Ankunft der südpolnischen Bevölkerung, die durch die Bandkeramik repräsentiert wird, wurde sie auch mit einer so erstklassigen wirtschaftlichen Errungenschaft, wie Ackerbau und Viehzucht, bekannt. Es ist übrigens wichtig, hier daran zu erinnern, daß die überhaupt älteste Bevölkerung Pommerellens aus der ersten Phase der Nach-Eiszeit gleichfalls aus dem Süden kam. Diese ältesten Bewohner Pommerellens, welche hier nach dem

letzten Zurückweichen der Gletscher erschienen, werden charakterisiert durch Feuerstein-Pfeilspitzen mit ausgearbeitetem Stiel, dem führenden Typus der Świdry-Kultur, welche zahlreich im Flußgebiet der mittleren und oberen Weichsel verbreitet ist. Außer einer Niederlassung der Świdry-Kultur, welche im vergangenen Jahre in Podgorz bei Thorn entdeckt wurde, kennen wir eine Reihe einzelner Fundstätten ähnlicher Pfeilspitzen aus dem Kulmer Lande und ferner aus dem auf dem linken (Weichsel)-Ufer gelegenen Teile Pommerellens, wo sie sogar bis zur Ostsee (Hela und Ostrowo) reichen.

Da diese Pfeilspitzen längs der südlichen Küste der Ostsee sogar bis nach Dänemark reichen, wo sie ein Charakteristikum der sogenannten Lingby-Kultur sind, so ist es sehr möglich, daß sie dorthin gebracht worden sind durch eine Bevölkerung, welche vorher eine bestimmte Zeit lang sich in Pommerellen aufgehalten hat. Auf diese Weise hätte Dänemark seine Bevölkerung dem polnischen Lande und unter anderem auch dem pommerellischen Gebiet zu verdanken.“

Auch hier wieder kann gesagt werden: Die These stand beim Verfasser fest, und die Beweise haben sich eingefunden. Die These lautete aber anfangs eigentlich nur, daß neben einer nördlichen auch eine südliche Beeinflussung Pommerellens in der jüngeren Steinzeit festzustellen sei. Jetzt am Schluß ist das „neben“ verschwunden, und an Stelle der Beeinflussung von Norden her ist eine Einwirkung Polens und Pommerellens auf Dänemark festgestellt worden.

Uns aber will scheinen, daß man mit den letzten von Kofstrzewski angeführten Argumenten, die gerade seine These stützen sollten, auch einen umgekehrten Weg der Beeinflussung, von Norden nach Süden, von Dänemark an der Ostseeküste entlang, dann weichselaufwärts nach Polen beweisen könnte.

[Stosunki Pomorza z Małopolską w młodziej epoce kamiennej; in Rocznik III. Herausgegeben durch die Posener Korporation „Pomerania“. Posen 1928.] (27)

### K. Kierski, Das polnische „Pomorze“. Die Frage des sogenannten Korridors.

Die vorliegende Schrift ist ein Sonderabdruck einer Abhandlung, die in den Heften 3 und 4 des Jahrganges VII der „Strażnica Zachodnia“, der Vierteljahresschrift des „Westmarkenvereins“, erschienen ist. Der Verfasser stammt augenscheinlich aus Kongreßpolen und war zuletzt Präsident der Generalprokuratur in Posen, einer Behörde, deren Aufgabe es ist, die Interessen des Fiskus bei Prozessen gegen Privatpersonen und Korporationen zu vertreten. Als Motto könnte über dieser Schrift ein Satz stehen, mit welchem der Verfasser die deutsche Propaganda charakterisiert zu haben glaubt: „ein dauerndes Operieren mit Fälschungen und Verleumdungen“ (S. 2).

Was der Verfasser über die deutsche Propaganda zu sagen weiß, kann hier übergangen werden, da es nichts enthält, was nicht zum eisernen Bestand der deutschfeindlichen Auslandspresse gehört. Es mag erwähnt werden, daß gelegentlich der Forderung einer verschärften polnischen Gegenaktion die, angesichts des immer stärker anschwellenden polnischen Schrifttums sehr merkwürdig anmutende Äußerung fällt: „Wir Polen sind von der Billigkeit unserer Rechte so fest überzeugt, daß wir meinen, sie brauchen keinerlei Verteidigung“ (S. 9).

Dann tadelt der Verfasser, daß man sich polnischerseits Deutschland gegenüber bisher „einer gewissen Reserve, die wirklich verwunderlich ist,“ befleißigt habe, daß „jedes kräftigere Wort an die deutsche Adresse sehr ungern (zumal von der Regierung) gesehen“ worden sei (S. 10). Wie seine Darstellung danach ausfällt, ist leicht abzusehen.

Der erste Abschnitt, der über die rechtlichen Grundlagen der Einverleibung Pommerellens handelt,

zeichnet sich mehr durch Kürze als durch Gründlichkeit aus. Nach einer kurzen Erwähnung des Wiener Kongresses wendet der Verfasser sich sofort dem Versailler Vertrag zu. Die Betrachtung läuft darauf hinaus: „es geht ‚e contrario‘ (nämlich aus der Erklärung Wilsons und der Entschließung der alliierten Premierminister vom 3. Juni 1918!) hervor, daß . . . ohne Sicherung des freien und sicheren Zugangs Polens zum Meer und ohne Garantie seiner territorialen Einheit es keinen dauernden und gerechten Frieden, keine Herrschaft des Rechts in Europa gibt“. Und daher ergibt sich für unsern Verfasser „der logische Schluß, daß Deutschland, wenn es die Erlangung eines Teils des polnischen Gebiets und Versperrung unseres Zugangs zum Meer erstrebt, den dauernden und gerechten Frieden . . . vernichtet“ (S. 12). Um so deutlicher ist also von diesem „Friedensstörer“ abzurücken, daher heißt es weiter: „von vornherein müssen wir betonen, daß die im Vertrage festgelegten Grenzen keineswegs unsere nationalen und politischen Ansprüche befriedigt haben. — — — Aber trotzdem führen wir Polen eine konsequente Friedenspolitik, . . . wir verstehen vollkommen, daß es ohne Achtung des, wenn auch unvollkommenen, Friedensvertrages keine Sicherheit in Europa gibt“ (S. 12). Den Gipfel der Heuchelei erreicht der Verfasser in dem Satze: „Wir stehen unverbrüchlich bei dem Vertrage als der Grundlage des Friedens und tragen das uns in Wirklichkeit zugefügte Unrecht als Opfer für die Gesamtinteressen Europas“ (S. 13).

Nach diesen Ausführungen werden die historischen Grundlagen etwas ausführlicher behandelt, ohne daß die Darstellung dadurch gründlicher würde oder der Wahrheit näher käme. Zunächst macht unser Verfasser einen kurzen Ausflug in die Vorgeschichte, wobei Prof. Koszjewski-Posen der Gewährsmann ist. Das Ergebnis ist dann auch: „Unwillkürlich ergibt sich für jeden, daß anscheinend die deutsche Wissenschaft, trotz ihres ganzen Tendenzcharakters<sup>1)</sup>, nicht imstande ist, eine stärkere Begründung der deutschen Ansprüche auf die slavischen Gebiete zu finden, wenn sie diese auf eine so brüchige und unklare Grundlage, wie Gräber und prähistorische Fundstätten, stützen muß“ (S. 14). Die darauf folgende Geschichte des Westslaventums zwischen Elbe und Oder enthält kaum mehr als die übliche Schilderung der „Massenvernichtung“ durch die „germanischen Räuber und Mörder“.

Daran schließt sich die Schilderung Polens und seiner Kämpfe um den Besitz Pommerellens. Der Verfasser schildert ganz unbekümmert, daß Mieszko mit den Pomorzanen „lange und erbitterte Kriege, die schließlich durch die Einverleibung von ganz Pomorze, von Stettin bis Danzig gekrönt wurden“, führen mußte. Denn die Pomorzanen sind ja nach ihm „ebenso ein slavisch-lechischer Stamm wie die übrigen, die in die Einheit des neuen Reiches eingingen“ (S. 16). Dann fährt er fort, von den wiederholten Aufständen, den immer neuen Kriegen Woleslaw Chrobry's, später Woleslaw Schiefmunds zu berichten. Und um späteren Angriffen vorzubeugen, versieht er die Tatsache der Entstehung eines pommerellischen Herzogshauses und die einwandfreie Unabhängigkeit Pommerellens mit dem abschwächenden Kommentar: „die neue Dynastie verband sich durch Verwandtschaft so häufig mit den Piasten, daß sie selbst gleichsam piastisch wurde“ (S. 19). Er setzt sie geradezu in Gegensatz zu den wirklichen Piasten-Herzögen in Schlesien, die gleichzeitig Schlesien freiwillig eindeutschen halfen.

Das Auftreten des Deutschen Ritterordens gibt dem Verfasser die ersehnte Gelegenheit, „die gewisse Reserve“ gänzlich abzulegen, und so schreibt er denn: als der Herzog von Masovien die Ritter einließ, habe er „den Kreuzen auf ihren Mänteln vertraut und vergessen, — — — daß sie Deutsche waren“ (S. 19). Den Höhepunkt erreicht seine Schilderung in folgenden Sätzen: „Damit erscheint in unserer Geschichte die unheilvolle Gestalt, von der, einmal kürzer, dann wieder länger, der Schatten auf unser Land, auf unser Volk fällt. Weiß gekleidet — — als solle das Symbol der Reinheit geschändet werden, mit dem Kreuz bedeckt — — eine Verhöhnung all dessen, was heilig.

1) Von uns gesperrt. (Red.)



... Das Verhältnis der Kreuzritter zu Polen beruhte stets auf Heuchelei und Niedertracht, war begleitet von fortdauernden Verbrechen. Spürten sie die polnische Faust im Nacken, so versteckten sie ihre Krallen, schwuren Besserung . . . . . Wurde die Faust abgezogen, brachen sie Eide in der schamlosesten Weise, . . . . . raubten und mordeten sie. Das war ihre dauernde Beschäftigung, die sie als Verbreitung von deutscher Kultur und Sitte bezeichneten“ (S. 20). Die Tüchtigkeit des Deutschen Ordens in Pommerellen wird folgendermaßen charakterisiert: „Sie vernichteten und rotteten die einheimische Bevölkerung aus, legten ihr . . . übermäßige Steuern und Kontributionen auf, um . . . bei Nichtbezahlung . . . ihnen ihren Besitz abzunehmen und sie selbst in das verwüstete Preußen zu vertreiben; an ihre Stelle führten sie deutsche Ansiedler.“ — — In anderem Zusammenhang heißt es dann von der einheimischen Bevölkerung, sie „wurde nicht bloß enteignet und aus ihren Sitzen vertrieben, sondern gelegentlich auch, ohne Frauen und Kinder zu schonen, gänzlich niedergemetzelt“ (S. 21). Der Verfasser richtet sich selbst, wenn er fortfährt: „es wiederholte sich in Pommerellen dieselbe Geschichte wie vor Jahrhunderten an Elbe und Oder“. Hätte man sonst fragen müssen, wo bei einer solchen Massenvernichtung dann später wieder die „polnischen“ Ureinwohner herkommen sollen, — braucht man nach diesem Hinweis auch nur auf das zu verweisen, was ein Landsmann des Verfassers, Prof. Brückner, über diese sog. Massenausrottung gesagt hat. (Ostland-Berichte, Jhg. 2, Nr. 1—2, S. 11.)

Erwähnt sei u. a., daß selbstverständlich die Geschichte von der angeblichen Ermordung der 10 000 Polen in Danzig nicht fehlt. Die späteren Ereignisse (Schlacht von Tannenberg, der dreizehnjährige Krieg usw.) werden nur sehr kurz berührt, und dann folgt in einer für den Verfasser sehr bezeichnenden Weise die Darstellung der Rechtsverhältnisse Pommerellens nach dem Thorner Frieden, durch den nach seinen Worten „unglücklicherweise die Kreuzritterbestie nicht vollkommen vernichtet wurde“.

Die Tatsache, daß Westpreußen, das im Jahre 1454 nur die Oberhoheit des polnischen Königs anerkannt hatte, im Jahre 1569 durch den Gewaltakt der Union von Lublin gegen den Protest seiner Bewohner in Polen einverleibt wurde, wird vom Verfasser mit den harmlos klingenden Sätzen abgetan: „Polen konnte sich vollständig der Ordnung der Verhältnisse in Pommerellen, das durch unzerreißbare Bande mit dem Mutterlande verbunden wurde, widmen. Die Wojewodschaften Pommerellen, Kulm und Marienburg wurden zu einem integrierenden Teil Polens und unterschieden sich in nichts von den übrigen Teilgebieten des Staates!“ (S. 24).

Ebenso wenig entsprechen auch die Ausführungen über die Lage Westpreußens unter preussischer Herrschaft der Wahrheit. Hier habe sich die (jetzt schon) „uralte“ Geschichte wiederholt, nämlich Verdrängung des Adels vom Boden, Verjagung der polnischen Intelligenz, und — — Vernichtung des polnischen Bürgeriums (!). Außerlich habe man dem Lande einen deutschen Stempel durch Veränderung der polnischen Ortsnamen in „wunderliche deutsche“ gegeben. Aber die Lösung: „a u s r o f k e n“ (im Original deutsch), von der er bemerkt: „Nicht Bismarck erfand sie, sie lag stets im Blut und den Traditionen der germanischen Räuber“, habe nicht zum Ziel geführt. Pommerellen sei siegreich aus diesem Ringen hervorgegangen. Und „daher habe auch niemand (?) geschwankt, als es nach Beendigung des Weltkriegs zur Entscheidung über das Schicksal Pommerellens kam. . . Es hatte nicht umsonst auf die Belohnung für sein Ausharren gewartet“ . . . es kehrte erneut zum polnischen Mutterland zurück“ (S. 26), aber leider „ohne das heute verpreußte Danzig, das noch im Jahre 1793 sich gegen die räuberischen Preußen erhob“<sup>2)</sup>, auch ohne Flatow, Dt.-Krone, Büfow, Lauenburg, Stofp

1) Von uns gesperrt. (Red.)

2) Damit meint der Verfasser die immer wieder von polnischer Seite vorgebrachte Behauptung, die Bürger Danzigs hätten sich gegen den Übergang an Preußen mit der Waffe in der Hand gewehrt. Diese Nachrichten sind aber schon längst und endgültig als Ausschreitungen von einem Teil des Pöbels nachgewiesen worden. Vgl. E. Kepsier, Danzigs Geschichte (1928) S. 181 ff. und Die Befreiung Danzigs durch Preußen im Jahre 1793, in der Danziger Zeitung vom 8. April 1921 (Jhg. 148, Nr. 64).

usw., was den Verfasser zu dem Ausruf veranlaßt: „Das sind blutende Wunden am Körper Polens. Werden sie niemals aufhören zu bluten!“ (S. 26).

Dann faßt der Verfasser die Ergebnisse des ersten Teils seiner „Untersuchung“ in folgenden acht „Thesen“ zusammen:

„1. Die Länder der Slaven erstreckten sich in dem Zeitpunkte, als sie auf der Bühne der Geschichte erschienen, weit nach Westen über die Elbe hinaus.

2. Darauf wurden die slavischen Stämme immer weiter nach Osten durch die besser bewaffneten und besser organisierten Deutschen verdrängt, welche in den eroberten Ländern die eingeborene Bevölkerung mit der Wurzel ausrotteten und das, was übrig blieb, eindeutschten.

3. Noch die Monarchie des Königs (Boleslaw) Chrobry stützte sich im Westen auf die Elbe, wobei zu dieser Monarchie nur slavische Länder und kein Fußbreit deutschen Landes gehörte.

4. Indem sie die Zersplitterung und Machtlosigkeit Polens infolge seiner Aufteilung unter die Piasten ausnutzten, haben die Deutschen ein polnisches Teilgebiet nach dem andern erobert und eingedeutscht.

5. Pommerellen war seit Jahrhunderten auf das engste mit Polen verbunden und bildete einen ebenso rechtmäßigen Teil des polnischen Gebietes wie Großpolen, Schlesien, Kujawien oder Masowien.

6. Erst im Jahre 1308 haben die Kreuzritter Ostpommern zugleich mit Danzig erobert, und unter ihrer Übermacht blieb dieses urpolnische Land bis zum Jahre 1466.

7. Von 1466 bis 1772 bildete Pommerellen einen integrierenden Teil der polnischen Republik, indem es die Wojewodschaften Pommerellen, Kulm und Marienburg umfaßte.

8. Im Jahre 1772 während der ersten Teilung Polens nahmen die Preußen Pommerellen fort und gaben es erst — nicht ganz, aber in einem beträchtlichen Teile — Anfang 1920 infolge des Sieges der alliierten Mächte den Polen zurück“ (S. 26/27).

Auf Grund dieser zum Teil falschen, zum andern Teil ungenau formulierten Thesen kommt der Verfasser dann zu folgendem Schlusse: „Wenn bei einer solchen Lage der Dinge sich Deutschland erkühnt, von einem Raub deutschen Bodens zu sprechen, so gibt es keine Worte, die hart genug wären, um solche Behauptungen zu brandmarken: — Frechheit, — — Unverschämtheit, die mit der Unwissenheit rechnet“ (S. 28).

Dieser „Frechheit“ und „Unverschämtheit“ der Deutschen weiß unser Verfasser die Milde und Bescheidenheit der Polen gegenüber zu stellen: „Da wir den allgemeinen Frieden wahren wollen, fordern wir keinerlei Revindikationen. Wenn aber die Deutschen Ansprüche auf Pommerellen oder ein anderes polnisches Gebiet wagen, so haben wir ein unbestreitbares Recht, von ihnen die Rückgabe alles dessen zu fordern, was sie uns (!) im Laufe der Jahrhunderte raubten. . . . Die Grenzen sind tatsächlich schlecht, verwundet, im Westen und Norden so monströs wie nirgendwo. . . . Man muß sie verbessern und ausgleichen, aber zu Gunsten Polens!“ (S. 28).

Nach dieser „Geschichts“darstellung werden die ethnographischen Grundlagen, die nach der Behauptung des Verfassers in noch höherem Maße die Versailler Entscheidung beeinflusst haben, dargestellt. Da die Deutschen schon während der ersten Teilung Polens erkannt hätten, daß „Pommerellen ein ethnographisch polnisches Land“ sei, und da die schon von Friedrich II. begonnene Kolonisation die gewünschten Resultate nicht geliefert habe, „traten die deutschen Gelehrten in Aktion. Unerschöpflich in ihren Einfällen ersannen sie, da die Kistengräber als Rechtstitel der Deutschen auf Pommerellen nicht jeden überzeugen konnten — — eine ganze ethnische Theorie, die das Recht Polens auf dieses Gebiet aufheben sollte. Da sie nicht bestreiten konnten, daß die Bevölkerung in Pommerellen ur-slavisch ist, so begannen sie deren Polentum zu negieren, be-

gannen sie zu beweisen, daß diese Bevölkerung abgesehen von ihrer gemeinslavischen Abstammung nichts mit den Polen gemeinsam hat. Daß dies eine kaschubische aber keine polnische Bevölkerung ist, daß sie kaschubisch aber nicht polnisch spricht, und daß sie endlich in politischer Hinsicht einen besondern von Polen unabhängigen Staat bildete.“

Demgegenüber glaubt der Verfasser mit besonderem Nachdruck betonen zu müssen, daß „selbst wenn die Kaschuben keine Polen wären, sich daraus doch nicht ergeben würde, daß sie Deutsche seien und daß dieser Umstand den Deutschen keinerlei Recht zur Besitzergreifung des pommerellischen Landes geben würde“ (S. 30).

Nachdem der Verfasser sich im folgenden Abschnitt bemüht hat, die deutschen Behauptungen als grundlos zu erweisen und dagegen bewiesen zu haben glaubt, daß Polen und Kaschuben immer eine und dieselbe Sprache, eben Polnisch, gesprochen hätten, meint er, niemand werde auf Grund von Dialektverschiedenheiten politische Präferenzen bauen: „so etwas behaupten in Bezug auf Polen und Pomorzanen bloß die deutschen Pseudogelehrten, welche die Wissenschaft auf politische Thesen ausrichten“ (S. 31).

Auch die Tatsache des staatlichen Eigenlebens dieses Gebietes im Mittelalter hat nach unserem Verfasser keinerlei Bedeutung. Diese Tatsache würde für andere polnische Gebiete ebenso zutreffen, z. B. „Masowien wurde erst 1526 mit Polen, also sogar s p ä t e r (!) als Pomorze, vereinigt<sup>1)</sup>. Die Tatsache, daß Pommerellen einst ein unabhängiges Fürstentum war, schränkt daher die Anrechte Polens auf dieses Teilgebiet nicht im geringsten Maße ein, und andererseits — sie schafft keinerlei Rechte für Deutschland“ (S. 32).

Die folgenden Ausführungen des Verfassers sind teilweise leider nicht zu bestreiten. So wenn er darauf hinweist, daß den Kaschuben gegenüber die gleiche Politik von preussischer Seite befolgt worden sei, wie gegenüber den Polen, und daß dadurch in den Kaschuben die Überzeugung befestigt worden sei, daß sie Polen seien.

Wenn aber der Verfasser seinen letzten Beweis für das angebliche Polentum der Kaschuben anführt, einen Beweis, der „beredter als alle Volksabstimmungen“ sein soll, dann befindet er sich wieder gründlich auf dem Irrwege. Wenn nach dem Jahre 1871 von den Kaschuben als Abgeordnete in den Reichstag Polen gewählt worden sind, so beweist das nur die unheilvollen nationalen Folgen des Kulturkampfes, durch den es den meist polnisch gefinnten Pfarrern leicht gemacht wurde, der Gleichung polnisch = katholisch Eingang zu verschaffen. Die Kaschuben wählten Polen, weil diese ihnen als die einzigen wahren Vertreter ihres katholischen Glaubens dargestellt worden waren.

Zur Feststellung des Nationalitätenverhältnisses in Pommerellen benutzte der Verfasser die letzte deutsche Zählung von 1910, bemerkt aber hierzu: „um jedoch die genaue Zahl der polnischen Bevölkerung, die damals im Gebiet der heutigen Wojewodschaft Pomorze wohnte, festzustellen, müßte man vor allem zu der Zahl der Polen, die von der preussischen Statistik gezeigt wird, die Zahl der Kaschuben und Masuren (im Kreis Soldau), sowie die Hälfte der Zweisprachigen hinzurechnen...“ (S. 36). Es sei noch erwähnt, daß es sich hierbei schon um die „berichtigte“ Bevölkerung, nämlich die Bevölkerung nach Abzug des Militärs handelt. Verfasser druckt die Ergebnisse zweier polnischer statistischer Arbeiten ab, deren Endresultate hier wiedergegeben seien.

Das erste Ergebnis entstammt einer Arbeit des bekannten polnischen Statistikers L. Krzywicki (Rozbiór krytyczny wyników spisu) in der Zeitschrift: „Miesięcznik Statystyczny“, Bd. V (1922), Heft 5 u. 6. L. Krzywicki errechnet für das Gebiet der heutigen Wojewodschaft Pomorze für den 1. Dezember 1910 folgende Zahlen:

gesamte Zivilbevölkerung	976 287 Personen,	
davon polnischer Sprache	553 742	(56,7 %)
„ deutscher „	405 696	(41,6 %)
dav. deutscher u. and. Sprache	15 934	(1,6 %)

1) Der Verfasser vergißt hier, daß in Masowien Fürsten aus der gleichen piastischen Familie regierten wie in den übrigen Teilfürstentümern des polnischen Reiches, während in Pommerellen nie Piasten, sondern nur Samboriden regiert haben, die in nur lösen verwandtschaftlichen Beziehungen zu den Piasten standen. (Red.)

(Das polnische „Pomorze“.)

Geringe Unterschiede weist die Berechnung von Prof. Radonik in der Zeitschrift „Ruch prawniczy i Ekonomiczny“, 1922, Heft 1, auf:

Gesamtzahl der Zivilbevölkerung	972 579 Personen
davon poln. Sprache	55,7 % <sup>1)</sup>

Aus den folgenden Ausführungen über die Verschiebung der nationalen Verhältnisse nach der Abtrennung seien nur die charakteristischsten Äußerungen angeführt: die radikale Wandlung habe „noch einmal den eigentlich polnischen Charakter des Landes“ befestigt (S. 39). Denn, „wie gewöhnlich (?) in solchen Fällen“, sei nur die fremde Bevölkerung abgeströmt. Die deutschen Klagen über diesen Abstrom der deutschen Bevölkerung aus Polen seien unberechtigt. Das sei nur ein natürliches Symptom gewesen. „Niemand zwang sie (i. e. die Deutschen) — sie wanderten von selbst aus“ (S. 39).

Dies magt der Verfasser zu behaupten angesichts der Tatsache, daß allen Deutschen kurz nach der Besitzergreifung bewußt das Leben schwer gemacht wurde, daß sie immer erneuten Verfolgungen durch die Polizei und andere Behörden ausgesetzt wurden, mit dem einzigen Ziele, ihnen das Verbleiben im Lande unmöglich zu machen. Auch daß die deutschen Einwohner ganzer Dörfer durch polnische Gendarmen von Haus und Hof verjagt worden sind, magt der Verfasser zu leugnen!

Da die Besitzergreifung Pommerellens durch Polen auch die Möglichkeit gegeben habe, „daß Tausende (?) von Eingesessenen, die bisher aus Opportunitätsgründen erklärt hatten, daß sie Deutsche seien, sich zum Polentum bekannten“, sei das Ergebnis am 30. September 1921 folgendes gewesen:

Gesamtbevölkerung	935 679
davon Polen	758 158 (81,0 %)
„ Deutsche	175 329 (18,7 %)
übrige	2 192. (Seite 41.)

Nach dem Jahre 1921 sei ein weiteres Sinken der deutschen Bevölkerungszahl zu verzeichnen, „es verschwanden die Optanten, es verschwanden alle, die sich unter den geänderten politischen Bedingungen nicht wohl fühlten. . . . . In jedem Fall kann man hoffen, daß dieser Auswanderungsprozeß der Deutschen noch nicht beendet ist“ (S. 41), bemerkt der Verfasser offenherzig.

Für den 1. Januar 1928 gibt der Verfasser folgende Zahlen an:

Gesamtbevölkerung	978 853
davon polnische Staatsangehörige	963 119
„ Polen	849 591 = 88,2 %
„ Deutsche	109 196 = 11,3 %
„ übrige	4 332 = 0,5 %

Nach Meinung des Verfassers ist daher Pommerellen heute „polnischer als die zentralen Wojewodschaften, in denen die Juden einen bedeutenden Prozentsatz bilden“ (S. 41).

Der Verfasser fügt ferner die Statistik für die Sejm-Wahlen (1927) bei, die allerdings zeigten, daß die deutsche Liste wesentlich höhere Stimmenzahlen erhielt, als es nach den eben berührten Prozentzahlen der Fall sein sollte, nämlich:

Wahlbezirk 29. (Puzig, Neustadt, Karthaus, Berent, Stargard, Dirschau, Rewe): polnische Liste 87,6 %, deutsche Liste 12,4 %.

Wahlbezirk 30. (Koniß, Zempelburg, Tuchel, Schweb, Graudenz Stadt und Land): polnische Liste 79,6 %, deutsche Liste 20,4 %.

Wahlbezirk 31. (Thorn Stadt und Land, Briesen, Kulm, Strazburg, Löbau, Soldau): polnische Liste 87,0 %, deutsche Liste 13,0 %.

1) Dagegen sind die Zahlen, die das Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich angibt, folgende:

Gesamtbevölkerung	989 491 Personen,
davon deutsch	420 853 „ (42,5 Proj)
„ polnisch	438 570 „ (44,3 „)
deutsch und eine andere Sprache	15 702 „ (1,6 „)
kaschubisch, masurenisch	113 719 „ (11,6 „)

2) Von uns gesperrt. (Red.)

Insgesamt erhielt in der Wojewodschaft Pommerellen also die deutsche Lüste 15,2 %, obwohl der Prozentsatz der deutschen Bevölkerung um diese Zeit bereits angeblich nur noch 11,3 % betragen hat. Der Grund ist nach dem Verfasser darin zu suchen, „daß die Germanisierung dort tiefere Wurzeln als anderswo getrieben hat, so daß viele Polen die übermächtigen Einflüsse, welche die Deutschen auf sie haben wirken lassen, noch nicht von sich abzuschütteln vermochten“.

Das treffe zumal für die von deutschen Arbeitgeber abhängigen polnischen Arbeiter zu: „in der Wojewodschaft sind bei 11,3 % deutscher Bevölkerung bis zu 43,9 % des Großgrundbesitzes in deutschen Händen. Das ist offensichtlich ein Unrecht gegenüber dem polnischen Element und fordert unverzüglich, gerechten Ausgleich“ (S. 43).

Um seine „vollkommen grundlosen Anmaßungen“ auf Pommerellen zu stärken, bemühe sich Deutschland, das Deutschtum in Pommerellen durch Zugang von Deutschen aus anderen Teilen Polens zu stärken. Die Tatsache, daß vom 1. Januar bis 30. Juni 1927 in Pommerellen 106 Besitzungen, davon 95 Landwirtschaften mit 1054,6 (!) Hektar in deutsche Hände übergegangen sind, genügt, daß der Verfasser Alarm schlägt und meint, „woher diese Institute (die den Ankauf finanzieren) das Geld dazu bekommen, — — kann sich jeder leicht denken, wenn er sich an . . . . . das sog. Sofortprogramm erinnert“ (S. 44). Demgegenüber verweist der Verfasser auf angebliche Geheimerrasse des Oberpräsidenten von Oberschlesien (Verbot des Erwerbs von Besitzungen usw. durch Polen, die deutsche Staatsbürger sind) bzw. des preussischen Wohlfahrtsministers, der deutschen Reichsangehörigen fremder Nationalität den Erwerb von Siedlungshäusern usw. erschweren soll. Daß auf die „Gefahr“ der Ansiedlungserleichterung, die Deutschland bei den Handelsvertragsverhandlungen fordert, mit allem Nachdruck von unserm Verfasser hingewiesen wird, braucht nicht besonders erwähnt zu werden.

Zum Schluß beklagt der Verfasser nochmals die Lösung des Versailler Vertrages, der „nur zum Teil das große geschichtliche Verbrechen wiedergutmacht habe. — Denn trotz der erhabenen Lösung der Völkerbefreiung gewähre der Vertrag Polen keine volle nationale Vereinigung. Während z. B. kein Tscheche außerhalb der Grenzen seines Vaterlandes verblieb, befinden sich über eine Million Polen auf der anderen Seite unserer West- und Nordgrenze“ (S. 46) . . . . .

Auch hier erfolgt wieder Zusammenfassung in Thesen, von denen die letzte wichtigste behauptet: „daß somit Pommerellen kein „Korridor“ ist, wie ihn aus politischen Gründen die Deutschen nennen, sondern ein Teil des lebenden Organismus Polen, unverbrüchlich mit ihm verbunden“ (S. 47). — — —

Im nächsten Abschnitt (S. 47 ff.) beschäftigt sich der Verfasser mit den wirtschaftlichen Grundlagen, ohne auch hier etwas Neues zu bringen, es sei denn z. B., daß er betreffs Danzig meint, daß „über die Definition dieser staatsrechtlichen Besonderheit sich die hervorragendsten Kenner des Völkerrechts die Köpfe zerbrechen“. Er gibt dann auch im Anschluß an J. Makowski<sup>1)</sup> seine Definition, nämlich, daß die Freie Stadt „eine autonome Territorialkorporation ist, über die Polen seine Souveränität ausdehnt, und die mit ihm durch ein sog. Administrationsprotektorat verbunden ist“ (S. 48). Im Anschluß an eine kurze Darstellung der polnischen Rechte in Danzig auf Grund des Art. 104 des Versailler Vertrages, meint der Verfasser, bei dieser Lösung habe man in Versailles darauf gerechnet, „daß Danzig im eigenen, wohlverstandenen Interesse die ihm auferlegten Pflichten innehalten würde“. Man habe nicht daran gedacht, „daß seit dem Jahre 1793 — als nach der zweiten Teilung die Danziger Bürgerschaft die einrückenden Preußen mit Kugeln und Barrikaden begrüßte — die Zustände . . . sich radikal geändert hatten, daß das Preudentum der Stadt den entscheidenden Stempel aufgedrückt hatte, — daß die arbeitslosen Haktisten, die nach ihrer Vertreibung aus Posen und

1) Von uns gesperrt. (Red.)

2) „Prawno-państwowe położenie Wolnego Miasta Gdańska“ (Die staatsrechtliche Lage der Freien Stadt Danzig) 1923.

Pommerellen in großen Massen nach Danzig geströmt waren, sich dort ihr Nest gebaut, alle wichtigeren amtlichen Stellungen eingenommen und in der Stadt den eigentlichen Ton bestimmt hatten, indem sie aus Danzig eine polenfeindliche Expositur des räuberischen alldeutschen Nationalismus gemacht hatten“ (S. 49).

Wieder wird die angebliche systematische Sabotage der Verfrachtsbestimmungen durch Danzig des längeren behandelt und schließlich auf den bekannten Sejm-Beschluß vom 18. Mai 1923 verwiesen: „... die Regierung wolle durch Anwendung aller rechtlichen politischen und wirtschaftlichen Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, der bisherigen Geringschätzung der Rechte Polens in Danzig ein Ende bereiten ...“ usw. (S. 50). Jedenfalls resümiert der Verfasser, „die Schaffung der Freien Stadt Danzig war ein schweres Unrecht gegenüber Polen...“ (S. 51).

Die „hakatistischen Einflüsse“ sind, wie der Verfasser schließlich mit Genugtuung feststellt, im Schwinden. Es ergeht der übliche Ratfischlag, Danzig möge sich „daran erinnern, daß es zu Ansehen und Wohlstand nur in enger Verbindung und Abhängigkeit (!) von Polen gekommen sei“ (S. 53).

Der Hafenaufbau in Gdingen wird nur recht kurz behandelt und bringt nichts Neues, auch hier wird wieder betont, „wie irrig die Hoffnungen unserer Feinde sind, daß wir gutwillig auf den Besitz dieses Ausgangs verzichten könnten“ (S. 54). Die Danziger nationalistischen Elemente seien durch den Bau des Gdingener Hafens „unangenehm überrascht worden. Sie wissen nicht, woran sie sich halten sollen. Einmal jammern sie, daß Gdingen Danzig ... ruiniert, ein ander Mal — daß Polen Danzig nach dem Gdingener Hafenaufbau nicht mehr braucht ... . Nichts ist falscher als das“ (S. 55). Die Zahlenaufstellungen, die diese Behauptung „entkräften“ sollen, zeigen die Gestaltung des Danziger Warenverkehrs in den Jahren 1919—1927, das Wachstum in den Jahren 1922—1927, wobei 1922 als Normaljahr (!) angesehen wird, so daß auf diese Weise eine Steigerung des Gesamtumschlages um 713 % errechnet wird. Natürlich fehlt auch die Tabelle über das Wachstum des Schiffsverkehrs nicht, der eine zweite beigefügt wird, die die eingehende Tonnage in Danzig und ihr Wachstum mit den entsprechenden Ziffern anderer nordeuropäischer Häfen vergleicht. Auf diese Weise ergibt sich ein neues Glanzstück statistischer Arbeit unseres Verfassers. So hat nach seinen Berechnungen z. B. Hamburg nur ein Steigen von 21,0 % (gegenüber 1913), Danzig dagegen von 421,0 % aufzuweisen. [Selbstverständlich wird nicht mit einem Wort darauf hingewiesen, daß es sich bei Danzig zum größten Teil um Leertonnage handelt.] Da nun der Bau in Gdingen „nicht durch irgendwelche Konkurrenzabsichten gegen Danzig diktiert war, ... unterliegt es keinem Zweifel, daß gemäß dem Fortschritte der seewärtigen Expansion Polens die wirtschaftliche Blüte Danzigs immer vollkommener und glänzender sein wird“ (S. 58).

Nach dem Abdruck einer Berechnung des künftigen Seehandelsvolumens mit 12 Millionen to jährlich (nach Bohdan<sup>2)</sup>) wird, um die Notwendigkeit auch des Hafenaufbaus in Gdingen zu zeigen, — — der Hafen in Dirschau (!) erwähnt<sup>3)</sup>. Aber auch die sonstigen Argumente sind zweifelhaft, wenn nicht direkt unzutreffend. So z. B. heißt es, um die Bedeutung des Korridors in Verkehrsfragen zu zeigen, „der polnische Personen- und Warenverkehr von Norden und Süden (und umgekehrt) ist heute schon 26 mal so groß als der deutsche Verkehr von Westen nach Osten (vom Reich nach Ostpreußen) und umgekehrt“ (S. 60<sup>4)</sup>).

Nach solchen „Unterlagen“ ist es für den Verfasser natürlich leicht, zu behaupten, „es ist logisch absurd, daß der Zugang des

1) Von uns gesperrt. (Red.)

2) Morska polityka gospodarcza Polski (Die Meeres-Wirtschaftspolitik Polens).

3) Da der Verfasser teilweise bereits Zahlen für das 1. Halbjahr 1928 verwendet hat, dürfte sein Werk also vielleicht im 3. Vierteljahr entstanden sein, um diese Zeit war bekanntlich Dirschau schon stillgelegt.

4) Tatsächlich waren die Zahlen (nach polnischen Angaben):

1925:	2 850 520	polnisch,	2 083 650	deutscher	Verkehr,
1926:	6 747 371	"	3 316 914	"	"
1927:	8 619 999	"	4 177 583	"	"

(nach polnischen Angaben.)

Reiches zu der Zweimillionenprovinz — Ostpreußen — wichtiger sein sollte als der Zugang des polnischen Dreißigmillionenstaates zum Meer, und daß die deutschen imperialistischen Bestrebungen und strategischen Spekulationen höher stehen sollten als das Recht eines großen Volkes auf volle wirtschaftliche Entfaltung und ein wirklich unabhängiges Staatsleben“ (S. 61).

Auch die Ergebnisse dieses Abschnittes sind in (sieben) Thesen zusammengefaßt:

1. Allein der Besitz des Meeres sichert einem Volke die volle Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens und schafft dadurch seine politische Macht.

2. Indem sich Präsident Wilson dessen genau bewußt war, hat er die Schaffung eines Polens mit einem freien und sicheren Zugang als eines der Kriegsziele gefordert, und der Friedensvertrag hat Polen diesen Zugang gesichert, allerdings in einem durchaus nicht ausreichenden Maße.

3. Daher muß Polen um so stärker sich darum bemühen, den ihm zuerkannten Zugang zum Meere ausrecht zu erhalten und um so eifriger sich um seine allseitige Ausnützung bemühen.

4. Die Rolle Danzigs als einer Expositur des den Polen feindlichen Sakatismus muß so schnell wie möglich ihr Ende finden und Danzig muß loyal mit Polen zusammenarbeiten. Denn eine Handelsstadt, welche von der Handlungsvermittlung lebt, kann keine Politik des nationalen Hasses gegenüber seinem natürlichen Wirtschaftsgebiet, von dem es lebt, treiben.

5. Der polnische Seeumschlag wächst in einem so schnellen Tempo, daß der Danziger Hafen für Polen nicht mehr ausreicht), einzig die Häfen in Danzig und Gdingen, unter Mithilfe von Dirschau, werden seine Bedürfnisse befriedigen können.

6. Pommerellen, das Polen den Zugang zur See sichert, ist ebenfalls vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus untrennbar mit Polen verbunden. Die Interessen des polnischen 30 Millionenstaates haben hier entscheidende Bedeutung.

7. Die Verbindung Pommerellens mit Polen ist so eng und so natürlich, daß wenn nicht die räuberische alldeutsche Propaganda wäre, die Frage des pommerellischen „Korridors“, welche unablässig Europa beunruhigt, gar nicht vorhanden wäre.

In dem letzten Abschnitt beschäftigt sich der Verfasser mit Ostpreußen und Memel. Ostpreußen ist für den Verfasser (nach Skowronski) selbstverständlich „die am weitesten nach Osten vorgeschobene deutsche Kolonie“, deren Entstehungsgeschichte in aller Kürze [und der entsprechenden Form] gegeben wird. Aber, meint der Verfasser, „es ist nicht unsere Schuld, daß die Deutschen in ihrem ungehemmten Drang nach Osten soweit vom Mutterlande Kolonien gründeten. Und unsere Schuld ist es auch nicht, daß auch heute wieder ein Stück polnisches Land die östliche deutsche Kolonie von der Metropole trennt“ (S. 63). Das Streben nach territorialer Vereinigung ist „vom deutschen Standpunkt vollkommen natürlich“, aber — so fragt der Verfasser — „weshalb soll Polen zum zweiten Male diesen deutschen Unifikationsbestrebungen zum Opfer fallen? (S. 63). Der polnische Boden muß bei Polen bleiben, die polnische Bevölkerung, einmal vom Joch befreit, muß für immer frei bleiben . . . Die Deutschen aber mögen die Folgen ihrer Raubgier, die sie soweit verschlug, tragen“ (S. 64).

Im Anschluß hieran wird der deutschen Agitation „ein anderes, unvergleichlich vernünftigeres Projekt — die Vereinigung Ostpreußens mit Polen —“ gegenübergestellt, wobei die Denkschrift Omowskis für Wilson vom 8. Oktober 1918<sup>2)</sup> zitiert wird. Die Volksabstimmung wird in der bekannten Weise geschildert, und dann erklärt mit wünschenswerter Offenheit der Verfasser: „Wenn die ostpreußische Enklave von den Alliierten — entgegen den polnischen Warnungen — übriggelassen wurde, so war das derselbe Fehler, wie die Schaffung der Freien Stadt Danzig“ (S. 65). Ostpreußen bleibe der Unruheherd in Osteuropa, „der

1) Weil Polen sich den von Danziger Seite vorgeschlagenen Ausbauplänen für den Danziger Hafen mehrfach widersetzt hat, um dadurch nicht den Vorwand für die Notwendigkeit des Hafenausbaues in Gdingen zu verlieren. (Neb.)

2) In deutscher Übersetzung bei Roth, P. Die Entstehung des polnischen Staates, Berlin 1926. Anlage IX.

bequeme Vorwand für deutsche Klagen über die sogenannte „Absurdität“ des Korridors“ (S. 65), obwohl nach Meinung unseres Verfassers „Ostpreußen vollkommen zum polnischen Wirtschaftsgebiet gehört“ (S. 66) (!). Es fehlt selbverständlich nicht die Erwähnung der geheimnisvollen Denkschrift der Königsberger Handelskammer von 1919, und schließlich wird (bei Erwähnung der Hilfsmaßnahmen für Ostpreußen) die Frage gestellt: „Wird aber nicht das Leben mit seinen Rechten sich stärker zeigen als diese künstlichen Mittel?“ (S. 67). Und ferner: „Die Deutschen wären nicht Deutsche, wenn sie nicht die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Ostpreußens für die Zwecke ihrer Agitation auf Beseitigung des „Korridors“ ausnützen würden.“

Demgegenüber weist der Verfasser auf die Statistiken bei Sławski („Der Zugang Polens zum Meer und die Interessen Ostpreußens“), und die von diesem zitierte Veröffentlichung der Reichsbahndirektion Königsberg hin, wonach die Verkehrsschwierigkeiten im Korridor angeblich behoben sein sollen. Die Unbequemlichkeit der Transitzüge, über welche Deutschland so klage, habe Polen ja auch im Kreuzburger Korridor und bei den Zügen Danzig — Warschau, die über Marienburg verkehrten<sup>1)</sup>.

Der Schluß ist folgender: „... es geht klar hervor, daß, wenn wir selbst die deutsche These von der Unmöglichkeit, den „Korridor“ aufrecht zu erhalten, (wie wir gesehen haben, entspricht das nicht den Tatsachen) annehmen würden — müßte man nicht das polnische Pommerellen mit Deutschland vereinigen, sondern Ostpreußen mit Polen. In welcher Form das geschehen, und wer hier die Initiative ergreifen sollte — das sei gegenwärtig nicht erörtert. Man muß den Dingen ihren Lauf lassen<sup>2)</sup>“ (S. 68). Klingt es sehr überzeugend, wenn es weiter heißt: „Polen wird sicherlich nicht als erster die Hände nach dieser preußischen Kolonie ausstrecken“?

Schließlich wird noch das Projekt, den Korridor gegen Memel einzutauschen, erörtert und abgelehnt. Es sei „von Berlin inspiriert und führt nur die öffentliche Meinung in die Irre“. Und zwar sprechen nach Meinung des Verfassers folgende Gründe dagegen:

1. Pommerellen sei ein Teil des ethnographischen Polens, Memel dagegen ein fremdes Gebiet, von Deutschen und Litauern bewohnt. In Pommerellen seien die Deutschen nur eine unbedeutende Minderheit, in Memel würden die Polen — umgekehrt — eine kleine jugeschrönte Minderheit darstellen. „Auf Memel haben wir keinerlei Rechtsansprüche, weder historische, noch ethnographische. Und unser Hauptgrundsatz ist: Fremdes nicht begehren, aber auch das Seinige nicht abgeben. Wir wollen also nicht Memel, werden aber auch Pommerellen nicht abgeben.“

2. Pommerellen, das eine bis ins Mark polnische Bevölkerung besitzt, ist kein Korridor, sondern ein Teil des lebenden Organismus Polens. Dagegen wäre Memel wirklich ein Korridor, d. h. ein aus einem fremden Organismus herausgeschnittener Streifen Landes, um den polnischen Drang zum Meere zu befriedigen. Rätselhaft für uns, wo wohl ein solcher Korridor anfangen und durch welche Territorien er gehen würde.

3. Es genügt ein Blick auf die Karte, um festzustellen, daß Memel für Polen nicht der Zugang zum Meere sein kann, denn es ist nicht wie Danzig sein natürlicher Hafen. Es kann der Hafen von Litauen sein, aber nicht von Polen. Polen hat ungeheure Investitionen in Danzig vorgenommen, beendet den Bau des großen Hafens in Gdingen, baut neue Verbindungslinien. Alles das wäre umsonst. In Memel müßte man alles „ab ovo“ anfangen.“

In den Schlußbemerkungen beschäftigt sich der Verfasser mit der deutschen Psyche, deren Wesen er natürlich in möglichst schwarzen Farben malt: „Die deutsche Psyche kennen nur die unmittelbaren Nachbarn der Deutschen, welche dauernd mit ihnen zu tun haben, genau und verstehen sie. In Polen kennen sie unsere

1) Nur mit dem Unterschiede, daß Polen diese Transitzüge gar nicht laufen läßt, wie den von Warschau nach Danzig über Marienburg, oder aber entbehren kann, während die Transitzüge durch den Weichselkorridor die einzige Landverbindung zwischen Ostpreußen und dem Reich bedeuten. (Red.)

2) Von uns gesperrt. (Red.)



Volksgenossen aus dem ehemals preußischen Teilgebiet, aber nicht kennen sie unsere Volksgenossen aus dem ehemaligen Galizien. Diese letzteren hatten mit einer anderen Art von Deutschen zu tun — mit den gutmütigen und sympathischen Wienern — und daher scheint es ihnen, daß auch die Preußen, da sie ebenfalls Deutsche sind, sich nicht so sehr von den Österreichern unterscheiden können. Davon rühren die häufigen Enttäuschungen und Mißverständnisse her.“

Die Psyche der Deutschen paßt aber auch nach unserem Verfasser nicht in den Rahmen der allgemeinen Menschlichkeit hinein: „Mit Staunen haben wir festgestellt, daß man in vielen Fällen auf die Psyche der deutschen allgemein-menschliche Kriterien nicht anwenden kann: es ist dies eine spezielle, eine deutsche Psyche. Indem wir ihre verschiedenartigen Erscheinungsformen außer Acht lassen, verweilen wir nur bei denjenigen, welche sich ungünstig auf die von uns besprochene pommerellische Frage auswirken können. Und da hat die deutsche Psyche vor allem einen hervorragend räuberischen, aggressiven Charakter. Von der Frühzeit der Geschichte an haben sich die Deutschen durch Raublust ausgezeichnet. Eine der zahlreichen Erscheinungsformen dieser Raublust war der für alle Zeit berüchtigte deutsche Drang nach Osten, der so unheilvoll auf dem Schicksal des ganzen westlichen Slaventums gelastet hat.“

Und diese angebliche Raublust der Deutschen verfolgt der Verfasser dann durch die Jahrhunderte bis zum Weltkrieg, „der durch die Deutschen selbst hervorgerufen wurde mit dem ausschließlichen Ziel, um den verfluchten Traum der Deutschen von der Herrschaft über die Welt zu verwirklichen“. (S. 72.)

Der Ausgang des Weltkrieges hat zum großen Bedauern des Verfassers das von diesem ersehnte Ziel nicht gebracht, „die drohende deutsche Macht zu vernichten, damit sie endlich aufhöre den allgemeinen Frieden zu stören und nicht mehr der Menschheit bei ihrer großen zivilisatorischen Arbeit im Wege sei“. (S. 75.)

Mit besonders großer Sorge erfüllt unsern Verfasser die Politik der übrigen europäischen Großmächte, die, statt Deutschland am Boden zu halten, es als gleichberechtigt in den Völkerbund aufgenommen hätten. Es könne nur Ruhe in Europa herrschen, wenn diese Mächte ihre bisherige Politik gegenüber Deutschland ändern und kategorisch von Deutschland die Absage an eine Revision des Traktates von Versailles verlangten. Insbesondere müßten die Deutschen feierlich anerkennen, „daß in dem Traktate zugleich mit der Wiedererweckung Polens endgültig die Frage Pommerellen auf der Grundlage der unerschütterlichen Anrechte Polens an dieses Gebiet entschieden worden sei; daß, obwohl die Bestimmungen des Traktats, da sie auf einem Kompromiß beruhten den berechtigten Aspirationen Polens nicht Genüge leisteten, Polen trotzdem, geleitet von dem Wunsche, den Frieden aufrecht zu erhalten, sich diesen Bestimmungen loyal unterworfen habe und auch weiterhin sich zu unterwerfen gewillt sei; und daß die Welt ein Recht habe, von den Deutschen die gleiche Loyalität zu fordern.“

Un diejenigen aber, die für eine Revision des Traktates von Versailles eintreten, richtet der Verfasser folgende Fragen: „Was würde mit der Bevölkerung Pommerellens geschehen, wenn man sie von neuem dem jahrhundertelangen Unterdrücker auslieferte? Ist jemand im Stande sich vorzustellen, welche Orgien dann in Pommerellen die berufsmäßigen Germanisatoren feiern würden, denen es darauf ankommen würde, alle Spuren des Polentums aus diesem Lande hinwegzufegen? Würde die Tragödie des polnischen Volkes dem Gerechtigkeitsgefühl dieser verschiedenen Revisionisten und Pazifisten entsprechen, die in Unkenntnis der wahren Sachlage von der Ungerechtigkeit der deutsch-polnischen Grenze reden?“

Der Kampf um die Weichsel ist ein historischer Prozeß in großem Stile und von unermeßlicher Bedeutung für Polen. Er wurde entschieden durch die Vertreter von 28 Staaten, welche den Vertrag von Versailles unterschrieben haben. Es kann also hier keine Rede von der Möglichkeit irgendwelchen Abhandelns oder einer Revision sein.“

Zu diesen Schlüssen wäre zu bemerken, daß die Bevölkerung Pommerellens in der nördlichen Hälfte fast ausschließlich nicht aus Polen, sondern aus Kaschuben besteht, die in dem Deutschen nie den „jahrhundertlangen Unterdrücker“ gesehen, sondern ihm bis zum Jahre 1920 loyal gegenübergestanden haben. Und daß vielleicht die in der Südhälfte wohnende kaschubisch-polnisch gemischte Bevölkerung diese Empfindungen gegenüber den Deutschen hegen könnte, trifft schon aus dem Grunde nicht zu, weil sie erst seit dem Jahre 1772 mit dem preußischen Staate in Berührung gekommen ist.

Alle diese Ausführungen sind nicht gemacht von einem unbedeutenden Schriftsteller, sondern von einem Manne, der nicht nur als Jurist großes Ansehen genießt, sondern auch bis vor kurzem eine der höchsten Stellungen in der Verwaltung der Wojewodschaft Posen bekleidet hat.

[Pomorze Polskie. Sprawa t. zw. Korytarza. Posen 1928.]

(23)

### Die Bedeutung Ost-Oberschlesiens für den polnischen Staat.

In seiner am 11. November 1928 im Rundfunk Katowitz gehaltenen Rede: „Welche Werte bringt Schlesien in die Schatzkammer des polnischen Staates ein?“ hat der Wojewode Grzyński drei Momente betont, die seiner Meinung nach, bei der Betrachtung des ober-schlesischen Problems in Polen noch nicht genügend beachtet worden sind. Und zwar erstens: „Die ideellen Werte, die Schlesien in unseren Nationalbesitz einbrachte und bringt“; gemeint ist die Erinnerung an die Leistungen der ober-schlesischen Bevölkerung während der Jahre 1919 bis 1921: „Durch diesen Aufstand, der durchaus ein Aufstand des polnischen Volkes ist, zeigte der polnische Bauer und Arbeiter in Oberschlesien aufs Beste sein Nationalbewußtsein, seine Vaterlandsliebe und seine Fähigkeit zur opferbereiten Tat im Dienste der höchsten Ideale . . . . Durch die kollektive Heldentat schuf er ein Substrat für die große Legende der Zukunft, für die ihm die eigene, ferne Vergangenheit das Material nicht bot. — Dies Herzblut, aus eigenem Willen vergossen, erkaufte Schlesien für unseren Staatsorganismus und fügte es stärker als alle anderen Faktoren mit dem übrigen Polen zusammen.“ Der Wojewode fordert die polnische Öffentlichkeit auf, diese Tatsache stärker als bisher zu beachten und Schlesien nicht bloß als Lieferant materieller Güter anzusehen.

Als zweites Moment nennt der Wojewode „die Führerschaft auf dem Felde der Arbeit“ und bemerkt hierzu: „Obwohl Schlesien erst im Jahre 1922 an Polen fiel . . . , hat es sich durch seine intensive, programmäßige Arbeit an die Spitze der polnischen Provinzen gestellt. Die Gründe hierfür liegen nicht allein in den natürlichen Reichtümern des Landes, sondern — was ich hier betonen will — in den seelischen Werten dieses Volkes, das arbeiten will und kann.“

Von besonderem Interesse ist die folgende Bemerkung: „Ein einheitlicher Typ des polnischen Staatsbürgers hat sich wegen des zu kurzen Nivellierungsprozesses im Rahmen eines Staates noch nicht herausgebildet; auf die Herausbildung dieses Typs . . . . wird unzweifelhaft auch Schlesien, — und zwar meiner Überzeugung nach positiv — Einfluß haben.“

Schließlich wird als drittes Moment erwähnt: „Schlesien als Grundlage der Machtsellung Polens“. Hier heißt es: „Man kann vorurteilslos sagen, daß die Machtstellung Polens sich vor allem auf das schlesische Kohlen- und Eisengebiet stützt, daß dieses für die wirtschaftliche Macht des Staates entscheidend ist . . . . Wenn Deutschland heute hartnäckig das Grenzrevisionsproblem betont und dabei die Wiedererlangung Polnisch-Oberschlesiens als einen der Programmpunkte aufstellt, so muß nicht nur bei uns produktive Organi-

sationsarbeit geleistet, sondern auch in der gesamten polnischen Bevölkerung das Interesse für die oberschlesischen Fragen geweckt werden, damit das ganze Volk erkennt, daß (Ober-)Schlesien eine wichtige Angelegenheit ist, damit nach außen hin klar wird, daß niemand nach diesem Boden straflos seine Hand ausstrecken kann.“

[„Jakie wartości wnosi śląsk do skarbnicy Rzeczypospolitej Polskiej“; in: „Polska Zachodnia“ Nr. 314 (12. XI. 1928), S. 2.] (26)

### Der Kohlenbergbau in Polen.

Nach Meinung des Verfassers ist „die Analyse der Lage dieser Industrie der Ausgangspunkt für alle wirtschaftlichen Lösungen“. Zur Durchführung dieser Untersuchung beginnt er mit einer historischen Darstellung.

Bei der politischen Umwälzung 1918 befanden sich innerhalb der polnischen Grenzen nur die früher russischen und österreichischen Teile des Dombrowa-Gebiets, deren Gruben, teilweise vernichtet oder der technischen Einrichtungen ermangelnd, damals kaum 70 Prozent der Vorkriegsproduktion, d. i. ungefähr eine halbe Million to monatlich lieferten. Da diese Mengen zur Deckung des Eigenbedarfs nicht hinreichten, veranlaßten die internationalen Regierungskommissionen, die 1919 ihre Tätigkeit in Oberschlesien bzw. Teschen aufnahmen, die Zuteilung bestimmter Kohlenkontingente für Polen. Da auch diese ungenügend waren, trat das „Staatliche Kohlenamt“ in Warschau in Tätigkeit, dem es trotz allem nicht gelang, zufriedenstellend die Kohlenverteilung in Polen zu regeln. Diese Lage habe sich grundsätzlich mit dem 16. Juni 1922, dem Tage der Vereinigung Ost-Oberschlesiens mit Polen geändert. „An diesem Tage erhielt nämlich Polen, dadurch daß sich der schlesische Bergmann, Hüttenarbeiter und Landwirt für (bei der Abstimmung) es (Polen) entschieden (!), 75 Prozent der Gruben im Abstimmungsgebiet. In einer Nacht wurde Polen aus einem Lande mit einer Kohlenproduktion, die zur Deckung des eigenen Verbrauchs nicht zureichte, zu einem Lande, das bedeutende Mengen (Kohle) zur Ausfuhr zur Verfügung hatte.“

Die erste Aufgabe Polens sei gewesen, die Produktion, die 1922 in Oberschlesien nur 79,5 Prozent der Vorkriegsproduktion erreicht habe, wieder auf die alte Höhe zu bringen; die zweite, Absatzmärkte für die nicht im Lande verbrauchte Kohle, das sind 30 Prozent der Produktion zu finden. Das sei teilweise im Jahre 1923 infolge der Ruhrbesetzung gelungen; 1924 trat ein Rückschlag ein, ein weiterer, sehr bedeutender, im Jahre 1925, und zwar wegen des Ablaufs der Genfer Konvention am 15. Juni 1925, kraft derer Polen im Jahre 1924 über 6 Millionen to nach Deutschland exportiert hatte.

Aber die Maßnahmen zur Behebung des Notstandes berichtet der Verfasser: „Ermäßigte Tarife nach Danzig und Gdingen für den Kohlenexport über See, die Inbetriebsetzung von Bahnlinien, die den Beuthener und Kreuzburger Korridor umgehen, der Ausbau der Verladeeinrichtungen in Danzig, der Bau des eigenen Hafens in Gdingen, der Abschluß von Handelsverträgen mit Österreich und der Tschechoslowakei führten dazu, daß der polnische Kohlenexport im Jahre 1927 die gleichen Zahlen wie 1924, nämlich 11,5 Millionen to, bei fast völliger Stockung des Exports nach Deutschland, erreichte.“

Gleichzeitig sei aber auch ein erhöhter Eigenverbrauch (30 Prozent gegenüber 1925) eingetreten, so daß die Kohlenproduktion 1927 bereits 38,1 Millionen to (93 Prozent der Vorkriegsproduktion) erreicht habe; der Wert der Produktion betrug rund 600 Millionen Zloty (= 10 Prozent der industriellen Produktion Polens). Von der Produktion des Jahres 1927 seien für den Export rund 11,6 Millionen to verblieben, die einen Wert von über 200 Millionen Zloty darstellten; der Anteil des Kohlenexports an dem gesamten polnischen Export betrug im Jahre 1927 zirka 13,7 Prozent.

Gegenüber habe der Verbrauch im Inlande 26,5 Millionen to betragen und sich wie folgt verteilt:

Eigenverbrauch der Zechen, Deputate	4,3 Mill. to
Industrie	11,7 " "
Hausbrand usw.	4,9 " "
Eisenbahnen u. Staatsbetriebe	4,6 " "
Gaswerke und ähnliche Betriebe	1,0 " "
Insgesamt	26,5 Mill. to

Gegenüber dem Jahre 1925 sei der größte Zuwachs bei der Industrie (mit 50 Prozent) zu verzeichnen gewesen, dann kamen die Eisenbahnen (26 Prozent), die übrigen Gruppen hätten ihren Verbrauch kaum erhöht (4,4 Prozent bzw. 2,4 Prozent).

Der Verbrauch pro Kopf habe im Jahre 1927 erst 8,4 to betragen und sei damit weit hinter den übrigen europäischen Ländern zurückgeblieben; allerdings erhoffe man eine Steigerung, besonders für die Position: — Hausbrand usw., Öffentliche Versorgungsanstalten — von der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den zentralen und östlichen Gebieten, von der Vermehrung der Gas- und Elektrizitätswerke usw.

Der Export habe im Jahre 1927 bereits 11,6 Millionen to betragen, davon gingen 4,2 Millionen to (37 Prozent) nach den bereits vor dem Kriege versorgten Märkten (Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Danzig), der Rest (7,4 Millionen to = 63 Prozent des Exports) nach den seit 1925 eroberten Märkten. Eine weitere Steigerung, gerade nach den letzten Märkten, stehe im Jahre 1929 zu erwarten, da man in diesem Jahre voraussichtlich die Vorkriegsproduktion (41 Millionen to) erreichen werde. Die nachfolgenden Ausführungen des Verfassers hierzu verdienen besonderes Interesse, da sie sich mit dem berühren, was in den „Ostland-Berichten“ verschiedentlich ausgesprochen worden ist<sup>1)</sup>: „Man muß hier aber betonen, daß dieser Produktionsfortschritt . . . leider nicht im gleichen Verhältnis zu den finanziellen Erträgen steht. Man muß nämlich bedenken, daß wir 63 Prozent unserer ausgeführten Kohle auf den skandinavischen, Ostsee- und südlichen Märkten unterbringen, wo wir auf die erbitterte Konkurrenz der englischen Kohle treffen, der wir nur dadurch gewachsen sein können, daß wir den Preis für unsre Kohle auf das Niveau der englischen Dumping-Preise senken. Dieser Umstand führt dazu, daß die Ausfuhr unserer Kohle nach diesen Märkten während der ersten 8 Monate 1928 zwar um 1,1 Millionen to gegenüber dem gleichen Zeitraum 1927 wuchs, daß wir aber nur fast die gleiche Summe dafür erhielten.“ Sehr bezeichnend ist aber folgende Bemerkung: „In dem Kampf um diese Märkte müssen wir aber bis zum Ende ausharren, denn es geht hier um die Aufrechterhaltung eines entsprechend hohen Kontingents, für den Fall, daß es zu einer internationalen Verständigung um die Aufteilung der Absatzmärkte für die Kohle kommen sollte.“

Da diese englisch-polnische Verständigung bis zum Jahresende nicht zustande gekommen ist, noch auch in Zukunft sehr wahrscheinlich erscheint, bedeutet diese Forderung, daß die polnische „Kohlenausfuhr um jeden Preis“ weitergeht, denn mit ihr sind die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Probleme Polens unlösbar verbunden.

[L. Szefer: „Przemysł węglowy w Polsce“ in: „Głos Prawdy“, Nr. 1 (1. I. 1929), S. 3; vergl. auch: ibid. S. 8. M. Szydłowski: „Uprzemysłowiająca się Polska i G. Śląsk“.]

(30)

1) z. B. Ostland-Berichte, Jg. 2 (1928) Nr. 8 Seite 160 „sichere Verluste des Kohlenbergbaus“. (Die Red.)

## „Der Warenverkehr durch den Korridor.“

Die „Epoka“ berichtet über einen in der „Europe Centrale“ erschienenen Aufsatz des bekannten Journalisten Kaj. Smogorzewski, dem sie bezeichnenderweise den Untertitel „Die beste Antwort auf die deutsche ‚Korridor‘-Propaganda“ gibt. Danach schreibt Smogorzewski u. a.: „Obwohl Deutschland die volle Möglichkeit besitzt, ohne die geringsten Hindernisse die Verkehrslinien, die Ostpreußen mit dem übrigen Reichsgebiet verbinden, zu benutzen, war schon 1922 der deutsche Warenverkehr durch den ‚Korridor‘ rund 20 % niedriger als der polnische Warenverkehr von Polen nach Danzig und umgekehrt. Von da ab vergrößert sich die Differenz dauernd zugunsten Polens, trotz der andauernden und allgemein wenig bekannten Anstrengungen Deutschlands und Sowjetrußlands, dem entgegenzuhandeln.“ Es folgt eine Zahlenübersicht, die wir hier wiedergeben:

	polnischer Warenumsatz in to	deutscher
1925	2 850 520	2 083 650
1926	6 747 371	3 316 914
1927	8 619 999	4 177 583

Zu diesen Ziffern kommen noch die Flußtransporte, die 1927 zwischen Polen und Danzig 703 467 to befrugen. Insgesamt betrage also der polnische Warenverkehr durch den Korridor 1927 9 323 376 to. Davon verbleiben nach Abzug von 620 000 to Transitgüter (nach der Tschechoslowakei usw.) für Polen 8 700 000 to. Demgegenüber seien von den rund 4 200 000 to deutscher Warenverkehr nicht weniger als 2 700 000 to, die für die Randstaaten und verkehr sind, abzusehen; als deutscher Umsatz verbleibt danach nur 1 500 000 to. So ergibt sich leicht das gewünschte Resultat: Der polnische Umsatz (8 700 000 to) betrage demgegenüber das Sechsfache, „das bildet die beste wirtschaftliche Begründung für die Rückgabe Pommerellens an Polen“.

Dieser Art Beweisführung gegenüber wollen wir nur die Frage aufwerfen: weshalb wird ein solcher Unterschied gemacht zwischen dem polnischen See-Export und den deutschen Exporten nach den Oststaaten? Will man entsprechend diesem Verfahren, das für Deutschland nur diejenigen Gütermengen ansieht, die in Ostpreußen verbleiben (1,5 Millionen to), den polnischen Verkehr behandeln, so wären davon abzusehen:

Export über Gdingen 1927	1 115 916 to
„ „ Danzig 1927	6 380 420 to
insgesamt	7 496 336 to*)

Dann würden sich gegenüberstehen:

Deutscher Warenverkehr	1,5 Millionen to
Polnischer „	1,2 Millionen to

Man sieht, die polnischen Rechnungen halten einer Prüfung nicht stand.

[„Epoka“, Nr. 352 (21. XII. 1928).]

(29)

Fraktur = Bericht.

Antiqua = wörtliche Übersetzung des polnischen Textes.

\*) Davon befrug der Kohlenexport, dessen Zukunft noch gar nicht so gesichert ist, allein rund 5 Millionen to.

## Siebeneichen, A. Die Danziger Kaufmannschaft und der polnische Außenhandel.

Fraktur = Bericht.

Antiqua = wörtliche Übersetzung des polnischen Textes.

Der Verfasser, der als Handelsrat bei dem diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig tätig ist, gibt zunächst eine gedrängte Übersicht über die Gestaltung des Danziger Warenumschlags im Jahre 1927, stellt dabei die bekannte Erhöhung der Ziffern gegenüber den Vorjahren fest und geht dann dazu über, den Anteil der Danziger Kaufmannschaft am polnischen Außenhandel zu untersuchen. Sonderzweck des Aufsatzes ist die Ablehnung der Danziger „These, daß dieser ungeheure Warenumschlag im Hafen ohne Gewinne für das Danziger Wirtschaftsleben sich vollziehe, da es ein Warentransport sei, der über die Köpfe der Danziger Kaufleute hinweggehe“. Siebeneichen leugnet nicht die Berechtigung des Danziger Hinweisers, daß Massengüter von den polnischen Konzernen direkt an das Ausland verkauft werden bzw. daß umgekehrt polnische Wirtschaftsverbände direkt im Auslande einkaufen, meint jedoch, „... selbst in diesen Fällen verdient die Danziger Spedition, sowie sämtliche Zweige des Danziger Handels, die den Hafen versorgen.“ Man kann hinzufügen, daß selbst dieser Danziger Anteil gefährdet ist, da immer stärker versucht wird, auch den Danziger Spediteur auszuschalten.

Doch sei zunächst berichtet, welche Gründe nach Meinung des Verfassers diese „verwunderliche“ Ausschaltung des Danziger Kaufmanns herbeigeführt haben sollen. Grund sei zunächst die allgemeine Wandlung der Wirtschaftsstruktur des Danziger Hinterlandes, wodurch bei verschiedenen Warengruppen sich Import in Export verwandelt habe (z. B. Petroleum!) oder umgekehrt (z. B. Getreide); eine Reihe von Importgütern falle überhaupt aus, da das frühere Danziger Hinterland jetzt durch die übrigen polnischen Teilgebiete versorgt werde. Fernerhin erwähnt der Verfasser die Wirkungen der Einbeziehung Danzigs in das polnische Wirtschaftsgebiet; z. B. sei der Danziger Getreidekaufmann gehemmt durch polnische Getreide-Einfuhr- bzw. Ausfuhrverbote, der Danziger Kolonialwarenhandel ebenfalls „stark gehemmt“ durch die Begrenzung der Luxuswareneinfuhr. Wenn man schon bei den angeführten Beispielen meinen kann, daß sie nicht den Kern der Danziger Ausführungen treffen, so ist dies erst recht der Fall bei dem folgenden, wo es heißt: „Die unvereinlichte Akzise- und Monopolverordnung in Danzig und Polen, — obwohl das (d. h. die Vereinheitlichung) die Polnisch-Danziger Konvention fordert — erschwert die Tätigkeit der Danziger Firmen in den betreffenden Branchen. Daraus entstehen die verschiedensten Klagen unter Berufung auf die besseren Vorkriegszeiten und Beschuldigung Polens als des für den gegenwärtigen Geschäftsstillstand Verantwortlichen“).

Auf die neuen Im- bzw. Exportzweige übergehend, meint der Verfasser, „hier rächt sich die Untätigkeit bzw. die Unwilligkeit des Danziger Kaufmanns am meisten“ und behauptet, „eine ganze Reihe von Fällen“ zu kennen, wo insbesondere neue Exportzweige entstanden seien, für die sich der Danziger Kaufmann nicht oder nicht genügend interessiert habe. Beispiele werden aber nicht genannt! Bis in die letzte Zeit hinein sei die Initiative des Danziger Kaufmanns allgemein sehr gering gewesen, „der Grund dafür war eben jener Konservatismus, in hohem Grade Unwillen, gewissermaßen Unglaube an die Zukunft Polens, der sich daraus ergebende Mangel an Interesse bzw. sogar Unkenntnis der wirtschaftlichen Entwicklung Polens, Mangel an Kontakt mit Regierungskreisen bzw. privaten Wirtschaftlern ... usw.“

Wie weit das Gegenteil dieser Behauptungen richtig ist, dürfte eine eingehendere Untersuchung all der inzwischen vielfach fehlgeschlagenen, gerade auf den Absatz im polnischen Hinterland berechneten Danziger Neu-Unternehmungen zeigen. Auch wäre darauf hinzuweisen, daß die Danziger Kaufleute ihr Vertrauen auf die Stabilität des polnischen Wirtschaftslebens infolge der Entwertung des Zlotys mit Millionenverlusten bezahlt haben. Doch unser Verfasser, der ja eigentlich von Amts wegen das Danziger Wirtschaftsleben kennen mußte, erklärt unbekümmert: „In vielen

1) Es scheint, daß der Verfasser die Gelegenheit benutzen will, diese noch unregelte Frage wieder einmal aufzurollen. (Red.)

Fällen scheint es, daß der Danziger Kaufmann ausschließlich auf die Tatsache seiner Existenz rechnet, als auf den Faktor, der über seinen Anteil im polnischen Außenhandel entscheidet, und der ihm die Stellung des Vermittlers in den Handelsbeziehungen Polens mit dem Auslande garantiert.“ Ebenso scheint es dem Verfasser, „als ob dieser (Danziger) Kaufmann darauf gewartet habe, daß der polnische Ex- oder Importeur, der sich für einen neuen Handelszweig interessiere, sich unbedingt zu dem Danziger Kaufmann mit der Bitte um seine Vermittlung begeben würde.“ Hiermit meint Siebeneichen nun endlich den wahren Grund für den „wirklich naiven Vorwurf“ (daß der über den Danziger Hafen gehende Warenumschlag so wenig gewinnbringend für Danzig sei) gefunden zu haben. Man braucht diesen Ausführungen nur die an anderen Orten ausgegebene Parole, den Danziger Vermittler auszuschalten, entgegenzuhalten, und in manchen Fällen wäre das vergebliche Warten des Danziger Kaufmanns (wenn dieser überhaupt gewartet hat) erklärt. Man kann aber auch fragen, weshalb der Verfasser den mengenmäßig größten Danziger Ausfuhrposten: die Kohle, gegen welche die Danziger Bemerkungen doch vor allem gerichtet sind, so ganz und gar mit Stillschweigen übergeht? — Oder meint er, daß dem Danziger Handel hier überhaupt eine Chance geboten worden ist, aktiv zu werden? —

Zum Schlusse spricht der Verfasser die Hoffnung aus, „daß der Danziger Kaufmann aufhören wird, in die Vergangenheit zurückzublicken und sich den gegenwärtigen Bedingungen anpassen, und was wichtiger ist, für seine Zukunft, als auch für die Zukunft des polnischen Seehandels zu arbeiten anfängt.“

[„Gdanskie kupiectwo a handel zagraniczny Polski“; in „Żegluga“, Jhrg. 2, Nr. 11—12, S. 1—3.] (21)

### Die polnische Küste.

Der hinreichend bekannte Verfasser (Direktor Uziemblo von der „See- und Flußliga“) fordert in einem Zeitungsartikel, die gesamte Wirtschaft müsse an der polnischen Küste einer grundlegenden Änderung unterzogen werden. Dabei faßt er hauptsächlich die Lebensmittelversorgung, besonders während der Badezeit, ins Auge. Heute müsse nämlich alles über Danzig gehen: „... unser einziger wirklicher Lieferant ist Danzig, unabhängig davon, ob wir in Zoppot oder Großendorf wohnen ...“ Und die Folge davon sei: „Die Teuerung wird geradezu unerträglich, die polnische Währung strömt ab. Und so bereichert die Küste, die tatsächlich uns bereichern sollte, die Freie Stadt, deren Handel zwischen Polen und ... Polen vermittelt und unsere Zahlungsbilanz schädigt.“

Schuld an dem ganzen Zustand frage u. a. die Tatsache, daß sich bisher zumal in Gdingen, nur ein Ressort (d. i. das Handelsministerium) befähigt habe, die anderen hätten gar nichts versucht. Demgegenüber müsse sich gerade dieser angerührten Probleme wegen das Agrarreform-Ministerium hier mehr befähigen. Der Verfasser erkennt zwar dessen Verdienste um die Ansiedlung der (polnischen!) Fischer auf Hela an, erklärt aber: „nicht weniger wichtig ist die landwirtschaftliche Kolonisation der Küste und die Parzellierung nicht bloß der Bauplätze, sondern auch der großen Besitzungen, die durch ... „Fermen“ ersetzt werden sollen ...“ Mindestens ebenso wichtig wie die geplante Fischkonservenfabrik in Gdingen sei eine Fabrik für Fleisch- und Obstkonserven, die nicht nur den Bedarf der Sommergäste befriedigen, sondern auch die Schiffe in Gdingen beliefern könne.

Jedoch sind es nicht bloß wirtschaftliche Gründe, die diesen Vorschlägen zugrundeliegen. Weiterhin heißt es ganz offen: „Wir werden nicht verheimlichen, daß dafür auch die politische Rücksicht spricht.“ Heute befinde sich der größere Teil des Großbesitzes an der polnischen Küste in den Händen von Deutschen „und diese sind keineswegs neutral. . . . Diese Güter unterhalten ausschließlich deutsches Personal und bilden zu gewissen Zeiten den Wohnsitz einer Propaganda, die das Maß des dem polnischen Staatsbürger Erlaubten sehr bedeutend überschreitet.“ Insbesondere erwähnt der Verfasser wieder die Keszlerlingkschen Güter<sup>1)</sup> als „wirklich gefährliches Zentrum, von dem der Germanisierungsstrom nach Neustadt ausgeht . . . , woher auch Geld aus sehr verdächtigen Quellen in breitem Strome fließt.“ Abschließend heißt es dann: „Die Vernichtung dieser Zentren ist eine einfache Notwendigkeit, selbst wenn auch wirtschaftliche Gründe, wie in diesem Falle, dafür sprächen.“

Die übrigen Ausführungen beziehen sich auf die Ausführung des Wirtschaftsprogramms, und zwar werden hier gefordert: Anstellung von Instruktoren, Schaffung von Musterwirtschaften, ferner Neuordnung des Verkehrswesens, das noch immer nicht genügend auf den neuen Verkehrsmittelpunkt — Gdingen — ausgerichtet sei. Vorbedingung sei aber immer: Durchführung der Agrarreform an der Küste.

Der Verfasser schließt mit der Hoffnung, daß die maßgebenden Stellen, mehr als bisher, diesem Problem ihre Aufmerksamkeit zuwenden und schon in der nächsten Zeit „Tatsachen schaffen werden, die in den nächsten Jahren das Aussehen dieses Gebiets vollkommen umgestalten werden.“

[A. Uziembło in: „Głos Prawdy“, Nr. 338 (6. XII. 1928), S. 3.]

1) Vgl. von demselben Verfasser „Der Hafen in Dombek“, der Vieles von dem hier Gesagten berührt. „Ostland-Berichte“ Jhg. 2 (1928) Nr. 8, S. 164.

Für die Herausgabe verantwortlich: Dr. W. Recke in Danzig

Druck von W. F. Burau, Danzig,